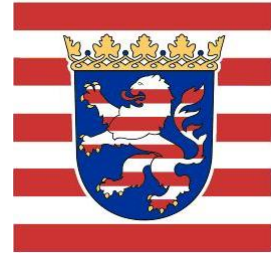




HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2024 vom 09.02.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	13
Energie.....	15
Digital.....	15
Forschung.....	17
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	20
Soziales.....	21
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	22
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	24
Inneres.....	26
Information, Kommunikation und Medien.....	31
EU-Förderprogramme.....	31
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	33

Institutionelles

Europäischer Rat (ER); Michel zieht Bewerbung für EP zurück

Der Präsident des ER, Charles Michel, zog am 26.01.2024 seine Kandidatur für die EU-Parlamentswahlen zurück und erklärte er möchte sein Mandat als Präsident des ER bis zum 30.11.2024 ausüben. Michel erläuterte, er wolle nicht, dass die Entscheidung für das EP zu kandidieren von der Mission ablenke oder diese Institution und das europäische Projekt untergrabe, noch in irgendeiner Weise missbraucht werde, um den ER zu spalten. Dieser müsse unermüdlich für die europäische Einheit arbeiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/european-council/president/role/>

Europäischer Rat (ER); Sondersitzung am 01.02.2024

Die Mitglieder des ER sind am 01.02.2024 in Brüssel zu einer außerordentlichen Tagung zusammengekommen, um über die Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 zu beraten. Kurz nach Beginn der außerordentlichen ER-Tagung, bei der der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Video für eine Ansprache zugeschaltet worden war, wurde die Einigung der EU-27 auf die Änderung des MFR, einschließlich des 50 Mrd. EUR-Hilfspakets für die Ukraine, verkündet. Inhaltlich entspricht die Einigung der bereits auf dem ER im Dezember 2023 getroffenen Vereinbarungen der EU-27. Neu ist – als Zugeständnis an HUN –, dass die Kommission jährlich über die Umsetzung der Ukraine-Fazilität berichten muss, und der ER einmal im Jahr darüber eine Aussprache führen wird. Wenn nötig, kann der ER in zwei Jahren die Kommission auffordern, eine Revision des Instruments im Rahmen des nächsten MFR vorzulegen. Darüber hinaus befasste sich der ER erneut mit der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Er bekräftigte die unverbrüchliche Unterstützung der Union für die Ukraine und wiederholt seine Entschlossenheit, dem Land weiterhin vorhersehbare, nachhaltige und rechtzeitige militärische Unterstützung zu leisten, sowohl durch EU-Instrumente als auch durch bilaterale Hilfe der einzelnen Mitgliedstaaten. Der Rat wird aufgefordert, sich bis Anfang März 2024 auf die finanzielle Erhöhung der Europäischen Friedensfazilität für die Ukraine zu einigen. Schließlich betont der ER die Dringlichkeit, die Munitionslieferungen an die Ukraine zu beschleunigen, um das im März 2023 gegebene Versprechen, der Ukraine eine Million Artilleriegranaten zur Verfügung zu stellen, umzusetzen. Der ER hat sich außerdem mit der Lage im Nahen Osten befasst, aber keine Beschlüsse in der Sache gefasst. Schließlich ging er in seinen Schlussfolgerungen kurz auf die Bauernproteste ein. Er habe die Herausforderungen im Agrarsektor diskutiert und fordere die Kommission und den Rat auf, die notwendigen Arbeiten voranzubringen. Er will mit dem Thema befasst bleiben.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2024/02/01/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Erklärung der Europäischen Kommission zum UNRWA

Am 29.01.2024 gab die Kommission eine Erklärung zum Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ab. Die EU sei einer der größten Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen. Die humanitäre Hilfe für die Menschen dort und im Westjordanland würde über Partnerorganisationen unvermindert fortgesetzt. Zusätzliche Mittel für das UNRWA seien derzeit bis Ende Februar 2024 nicht vorgesehen. Anstehende Finanzierungsbeschlüsse für das UNRWA würde die

Kommission im Lichte der sehr schwerwiegenden Anschuldigungen vom 24.01.2024 betreffend die Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern an den Anschlägen vom 07.10.2023 fassen. Weiterhin plant die Kommission die Angelegenheit in Anbetracht des Ergebnisses der von den Vereinten Nationen angekündigten Untersuchung und der von ihnen getroffenen Maßnahmen zu prüfen. Die Kommission erwartet, dass das UNRWA einer Prüfung durch von der EU benannte unabhängige externe Sachverständige zustimmt. Dabei sollen insbesondere die Kontrollsysteme untersucht werden, um eine mögliche Verwicklung von Mitarbeitern des Hilfswerks in terroristische Aktivitäten künftig zu verhindern. Eine Überprüfung aller UNRWA-Mitarbeiter halte die Kommission ebenfalls für notwendig.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_505

Kommission; Investitionen für den Wiederaufbau in der Ukraine

Am 05.02.2024 erklärte die Kommission, sie habe zusammen mit der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) eine Garantievereinbarung zur Förderung von Investitionen unterzeichnet, die zu einem inklusiven und nachhaltigen Wiederaufbau in der Ukraine beitragen sollen. Gemäß dieser Vereinbarung wird die EU der zur Weltbankgruppe gehörenden IFC finanzielle Garantien von bis zu 90 Mio. EUR zur Verfügung stellen, um Investitionen in der Ukraine zu fördern. Geplant ist auch, dass im Rahmen des Programms sektorübergreifend private Investitionen von über 500 Mio. EUR mobilisiert werden, die unter anderem in wesentliche Infrastrukturen und die Warenproduktion fließen sollen. Die Garantie soll dazu beitragen, die Infrastruktur des Landes wiederaufzubauen, seine Unternehmen zu unterstützen und die Widerstandsfähigkeit seiner Wirtschaft zu stärken. Insgesamt beläuft sich die Unterstützung, die die EU für die Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine bereits geleistet hat, auf mehr als 88 Mrd. EUR. Dazu gehören Beiträge der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten (MS) zur wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und humanitären Unterstützung sowie die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in den MS.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_611

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 05.-08.02.2024 in Straßburg

EU-Sondergipfel: Debatte mit den Präsidenten Michel und von der Leyen

Am 06.02.2024 debattierten die MdEP mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die Ergebnisse des Sondergipfels vom 01.02.2024. Entschlossenheit, Einigkeit und Führungsstärke sei die Botschaft, die die EU mit ihren jüngsten Beschlüssen zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Verabschiedung eines neuen Finanzhilfepaketes für das Land aussende, sagte Michel. Die EU werde sich nicht von Russland einschüchtern lassen und die Ukraine so lange wie nötig unterstützen, fügte er hinzu. Zum Nahen Osten erklärte Michel, die EU müsse alles tun, um eine regionale Eskalation des Konflikts zu verhindern, die humanitäre Notlage zu lindern und sich weiterhin für eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen. Er wies darauf hin, dass die Achtung des Völkerrechts zur DNA der EU gehöre, und lehnte es nachdrücklich ab, bei der Bewertung des Konflikts mit zweierlei Maß zu messen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, die Einigung über ein Hilfspaket von 50 Milliarden Euro für die Ukraine biete dem Land in den kommenden vier Jahren eine hohe Planungssicherheit. Das bedeutet, dass wir der Ukraine so lange zur Seite stehen, wie es nötig ist. Zur Revision des langfristigen EU-Haushalts betonte sie, dass

die EU nun über die finanziellen Mittel verfüge, um einige der Herausforderungen dieses Jahrzehnts zu bewältigen. In Bezug auf die Proteste der Landwirte sagte von der Leyen: Unsere EU-Lebensmittelproduktionssystem ist einzigartig, unsere Landwirte produzieren die hochwertigsten Lebensmittel der Welt, sie müssen fair bezahlt werden. Sie kündigte an, dass die Kommission ihren Vorschlag zur Reduzierung von Pestiziden zurückziehen werde und dass Sie bis zum Spätsommer einen Bericht auf der Grundlage der Ergebnisse des strategischen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaft in der EU mit Optionen für mögliche künftige Reformen vorstellen werde. Die Mehrheit der MdEP bekräftigte, dass die Verteidigung der Ukraine die Verteidigung Europas ist. Sie brachten ihre uneingeschränkte Unterstützung für das Land zum Ausdruck und wiesen darauf hin, dass die Lieferung von Waffen und Munition beschleunigt werden müsse. Einige MdEP sprachen die Idee an, eingefrorene russische Guthaben zu nutzen und die besorgniserregenden politischen Entwicklungen in den USA zu berücksichtigen, während andere die Gefahr einer Ausweitung des Krieges über die Ukraine hinaus ansprachen und davor warnten, dass das laufende Wettrüsten nicht nachhaltig sei. Zu den jüngsten Demonstrationen der Landwirte sagten die meisten Redner, dass ein neuer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und alle anstehenden Rechtsvorschriften für den grünen Übergang erforderlich seien. Sie betonten das doppelte politische Ziel, den Landwirten ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Lebensmittelproduktion der EU zu gewährleisten. Die meisten MdEP wiesen auf die Notwendigkeit hin, Lösungen zu finden, um diese Themen gleichzeitig anzugehen, wobei viele vor populistischen Stimmen warnten, die versuchen, dieses komplexe Problem zu politisieren. Einige MdEP forderten mehr direkte finanzielle Unterstützung für Landwirte oder Beschränkungen für die Einfuhr von Agrarprodukten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2024-02-06-ITM-002_DE.html

Neue genomische Verfahren: EP nimmt Verhandlungsmandat an

Am 07.02.2024 verabschiedete das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Berichts Jessica Polfjärd (EVP/SWE) mit einer Mehrheit von 307 - 263 - 41 sein Verhandlungsmandat für die Neuregulierung von Organismen, die mit neuen genomischen Techniken hergestellt wurden (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“).

MdEP verurteilen anhaltende Bemühungen Russlands, die Demokratie in der EU zu zersetzen

In einer am 08.02.2024 mit einer Mehrheit von 433 - 56 - 18 angenommenen Entschließung zeigen sich die MdEP entrüstet und zutiefst besorgt über die anhaltenden Bemühungen Russlands, die Demokratie in der EU zu zersetzen. Sie verurteilen entsprechende Desinformationskampagnen und Formen der Einflussnahme. Der Text erwähnt Berichte über Bemühungen Russlands, Spaltungen zwischen den EU-Bürgern Vorschub zu leisten, indem einige MdEP als Einflussagenten angeworben werden, sowie über die Bemühungen Russlands, über europäische politische Parteien gezielt ein System von Abhängigkeiten zu schaffen, wobei diese Parteien dann als Sprachrohr für die Propaganda des Kremls fungieren und seinen Interessen dienen. Das EP ist zutiefst besorgt über Berichte, wonach MdEP Tatjana Ždanoka (FL/LET) möglicherweise als Informantin für den russischen Geheimdienst FSB tätig war und betont, dass das EP und die LET Behörden diese Angelegenheit gründlich untersuchen müssen, damit unverzüglich geeignete Sanktionen festgelegt und Strafverfahren eingeleitet werden können. Gleichzeitig wird in der Entschließung auch auf andere Fälle hingewiesen, in denen MdEP wissentlich den Interessen Russlands dienen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0079_DE.html

Ansprache des ROM Präsidenten Klaus Iohannis im EP

Der ROM Präsident Klaus Iohannis betonte am 07.02.2024 im EP die Bedeutung eines auf Einheit, Solidarität, Zusammenhalt und Rechtsstaatlichkeit basierenden Handelns der EU. Er erklärte, dass die weitere Unterstützung der Ukraine eine der wichtigsten Prioritäten der EU sein müsse. Er fügte hinzu, dass die Verteidigung der Demokratie, der territorialen Integrität und der Souveränität sowie der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung nicht Gegenstand einer "Solidaritätsmüdigkeit" sein dürfe. In seiner Rede im Rahmen der Debatten unter dem Motto "Das ist Europa" erklärte Präsident Iohannis, sein Land sei eines der besten Beispiele für die transformative Kraft der EU, die den ROM Bürgern unbestreitbare und konkrete Vorteile bringe. Die Erweiterung der europäischen Familie durch die Aufnahme neuer Mitglieder wird die Union nur stärken. Er bezog sich dabei auf die historischen Beschlüsse des Europäischen Rates vom Dezember 2023 über die Republik Moldau, die Ukraine, Bosnien und Herzegowina und Georgien. Die Erweiterung sei ein wesentlicher Teil der strategischen Antwort der EU auf die geopolitischen Entwicklungen und eine Schlüsselinvestition in dauerhaften Frieden, Stabilität und Demokratie, fügte er hinzu. Er forderte den baldigen Beitritt von ROM zum Schengen-Raum, damit das Land einen konkreten Beitrag zur Konsolidierung der Sicherheit der EU leisten könne. Die Mehrheit der MdEP bekräftigte ihre Forderung nach einem vollständigen Beitritt von ROM zum Schengen-Raum und würdigte die Unterstützung und Solidarität ROM für die ukrainischen Flüchtlinge.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2024-02-07-ITM-006_DE.html

Besserer Schutz für Arbeitnehmer vor Kontakt mit gefährlichen Stoffen

Am 07.02.2024 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Nikolas Villumsem (GUE/DNK) neuen Vorschriften zur Begrenzung der Exposition gegenüber Blei und Diisocyanaten am Arbeitsplatz endgültig zugestimmt. Mit dem Gesetz werden erstmals seit mehr als 40 Jahren neue Grenzwerte für Blei eingeführt. Die Exposition gegenüber Blei kann die Fruchtbarkeit bei Frauen und Männern sowie die Entwicklung des Fötus beeinträchtigen und das Nervensystem, die Nieren, das Herz und das Blut schädigen. Mit den neuen Vorschriften werden auch erstmals Grenzwerte für die Exposition gegenüber Diisocyanaten festgelegt, die allergische Reaktionen und Atemwegserkrankungen wie Asthma verursachen können. Schätzungen zufolge sind derzeit 50.000 bis 150.000 Arbeitnehmer in der EU Blei und etwa 4,2 Millionen Arbeitnehmer Diisocyanaten ausgesetzt. Sowohl Blei als auch Diisocyanate werden bei der Renovierung von Gebäuden sowie bei der Herstellung von Batterien, Windturbinen und Elektrofahrzeugen verwendet.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0066_DE.html

Sofortzahlungen in Euro

Am 07.02.2024 billigten die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Michiel Hoogeveen (ECR/NDL) neue Regeln, die sicherstellen sollen, dass Geldüberweisungen unverzüglich auf den Konten von Privatkunden und Unternehmen in der EU ankommen. Die neue Verordnung soll sicherstellen, dass Privatkunden und Unternehmen, insbesondere KMU, nicht auf ihr Geld warten müssen und die Sicherheit der Überweisungen erhöhen. Banken und andere Zahlungsdienstleister müssen sicherstellen, dass Überweisungen günstig sind und unverzüglich bearbeitet werden. Der Text, der bereits mit den Mitgliedstaaten vereinbart wurde, aktualisiert die derzeit gültigen Regeln des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA). Eine Sofortüberweisung soll unabhängig von Tag und Stunde ausgeführt werden und das Geld innerhalb von zehn Sekunden auf dem Konto des Empfängers eingehen. Auf der

anderen Seite soll der Auftraggeber ebenfalls innerhalb von zehn Sekunden darüber informiert werden, ob der überwiesene Betrag dem Empfänger zur Verfügung gestellt wurde oder nicht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0065_DE.html

Richtlinie über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrbefähigungsverlust

Am 06.02.2024 hat das EP mit dem Bericht von MdEP Petar Vitanov (S&D/BUL) seinen Standpunkt zum Richtlinienvorschlag 2023/0055 der Kommission zur unionsweiten Wirkung bestimmter Entziehungen der Fahrerlaubnis mit einer Mehrheit von 372 - 220 – 43 angenommen (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in GRI

In einer Entschließung, die am 07.02.2024 mit einer Mehrheit von 330 - 254 - 26 angenommen wurde, äußern die MdEP große Besorgnis über sehr ernste Bedrohungen für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte in GRI. In Bezug auf den Medienpluralismus und die Sicherheit von Journalisten beklagen die Abgeordneten die mangelnden Fortschritte bei der Untersuchung des Mordes an George Karaivaz im April 2021. Sie prangern an, dass Journalisten physischen Drohungen und verbalen Angriffen, Verletzungen ihrer Privatsphäre durch Spionageprogramme und missbräuchlichen Klagen ausgesetzt sind. Das EP ist auch besorgt über die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörde für den audiovisuellen Sektor, die Konzentration der Medien in den Händen von Oligarchen und die Verteilung der staatlichen Subventionen. Die MdEP sind weiterhin besorgt über die Behandlung von Migranten und die systematische Zurückdrängung sowie über die Angriffe auf die Zivilgesellschaft, insbesondere die Verleumdungskampagnen und gerichtlichen Schikanen gegen Menschenrechtsaktivisten. In Anbetracht all dessen sollte die Kommission alle verfügbaren Instrumente nutzen, um gegen die Verstöße gegen die EU-Werte in GRI vorzugehen. Dazu gehören zum einen die Bewertung der Verwendung von EU-Mitteln im Rahmen der Verordnung über gemeinsame Bestimmungen im Einklang mit der Grundrechtecharta und zum anderen die Bewertung der Nichtumsetzung von Urteilen der europäischen Gerichte im Einklang mit der Verordnung über die Rechtsstaatlichkeit.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0069_DE.html

Lage in Serbien nach der Wahl

Am 07.02.2024 nahm das EP mit einer Mehrheit von 461 - 53 - 43 eine Entschließung zur Lage in Serbien nach der Wahl an. Darin fordert das EP wegen mutmaßlich unfairer Wahlen eine internationale Untersuchung. Die jüngsten serbischen Parlaments- und Kommunalwahlen entsprechen wegen des anhaltenden und systematischen Missbrauchs von Institutionen und Medien nicht den Standards, die von einem EU-Beitrittsland erwartet würden. Am 17.12.2023 hatte es in Serbien Parlamentswahlen und in vielen Orten, darunter in Belgrad, Kommunalwahlen gegeben. Dabei hatte die Serbische Fortschrittspartei (SNS) von Präsident Aleksandar Vučić Siege errungen. Allerdings fiel der Erfolg der Präsidentenpartei in Belgrad nur knapp aus. Die Opposition und Wahlforscher beklagen Wahlbetrug. Dazu gehörten Vorwürfe, dass Wählerverzeichnisse manipuliert oder Bürger eingeschüchtert worden seien. In der Entschließung kritisiert das EP außerdem, dass Ergebnisse bei der Verfolgung und Ahndung von Wahlvergehen fehlten. Wenn Serbien nicht auf Empfehlungen zur Wahl reagieren sollte, fordern die MdEP, dass die EU Zahlungen an Serbien aussetzt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0075_DE.html

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 05.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Neue genomische Techniken und Pflanzenvermehrungsmaterial“ sowie „Psychische Gesundheit“ statt. Darüber wurden Meinungs austausche zu den Arbeitsdokumenten „die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik“, „Bewältigung von Arzneimittelpässen“ sowie „Schaffung eines europäischen Blauen Deals aus Sicht der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung in den Regionen der EU“ geführt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206562&meetingSessionId=2259176>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 06.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „Stand der Erweiterungspolitik: aktuelle Informationen des Europäischen Rates und der Kommission“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206397&meetingSessionId=2259006>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 08.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Schutz der biologischen Vielfalt und Koexistenz mit Großraubtieren in Europa – Herausforderungen und Chancen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ sowie „Lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie“ statt. Darüber hinaus wurden Meinungs austausche über die Arbeitsdokumente „ein globaler Grüner Deal: Harmonisierung der globalen Rahmen für Klimapolitik, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung“ sowie „eine resiliente Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimakrise im Rahmen des europäischen Blauen Deals“ geführt. Außerdem wurde eine Orientierungsdebatte zum Stellungnahmeentwurf „Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik“ geführt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2203305&meetingSessionId=2255136>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 09.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen“ sowie „Vorschlag für eine europäische Erklärung zum Radverkehr“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206443&meetingSessionId=2259052>

Rat; Annahme des Verhandlungsmandats zum Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit auf dem EU-Markt

Der Rat hat am 26.01.2024 sein Verhandlungsmandat zu dem Verordnungsvorschlag 2022/0269 über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt angenommen. Der Verordnungsvorschlag sieht vor, dass Produkte, die unter Einsatz von Zwangsarbeit (gemäß der Definition der internationalen Arbeitsorganisation) hergestellt wurden, nicht auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht und bereitgestellt werden oder aus der Union in Drittländer ausgeführt werden dürfen. Die zuständigen Behörden sollen die Risiken der Zwangsarbeit auf der Grundlage verschiedener Informationsquellen bewerten. Bei Feststellung von Zwangsarbeit soll die zuständige Behörde die Rücknahme des betroffenen Produkts anordnen und zukünftiges Inverkehrbringen verbieten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/26/forced-labour-council-adopts-position-to-ban-products-made-with-forced-labour-on-the-eu-market/>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Die Kommission hat am 26.01.2024 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie (EU) 2019/452 eröffnet. Die Richtlinie dient der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) und gilt seit dem 11.10.2020. Durch die Überarbeitung der Richtlinie soll nach Auffassung der Kommission die Zusammenarbeit im Netzwerk der Überprüfungsbehörden verbessert und eine bessere und kohärente Identifizierung und Minderung der Risiken für die Sicherheit der öffentlichen Ordnung durch bestimmte ausländische Investitionen weiterhin garantiert werden. Die Überarbeitung der o. a. Richtlinie ist Teil der europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit. Die Frist für die Rückmeldung endet am 25.03.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13739-Überprüfung-ausländischer-Direktinvestitionen-ADI-Bewertung-und-Überarbeitung-des-EU-Rahmens_de

Kommission; EU und USA ziehen Bilanz der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Technologie

Am 30.01.2024 hat die Kommission und die USA die fünfte Tagung des EU-US-Handels- und Technologierates (TTC) in Washington D.C. abgehalten. Dabei zogen die Ministerinnen und Minister eine Bilanz der bisherigen Fortschritte und setzten politische Leitlinien für die nächste Ministertagung im Frühjahr in BEL fest. Beide Seiten vereinbarten, den Handel mit umweltrelevanten Waren und Technologien zu erleichtern, insbesondere durch verstärkte Zusammenarbeit bei der Konformitätsbewertung. Zudem fand ein Rundtischgespräch über Halbleiter-Lieferketten statt, in der die EU und die USA Informationen über öffentliche Unterstützung für Chip-Investitionen austauschten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_575

Kommission; EU-Japan Arbeitsgruppe zur Erörterung wirtschaftlicher Sicherheit und Lieferketten

Am 30.01.2024 hat erstmals die EU-Japan Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Sicherheit im Rahmen ihres neuen Kooperationsrahmens für internationale Zusammenarbeit bei der Schaffung transparenterer, widerstandsfähigerer und nachhaltigerer Lieferketten getagt. Hauptziele der Arbeitsgruppe sind die Verstärkung der laufenden multilateralen Bemühungen zur Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen und die Regulierung staatlicher Interventionen zur Unterstützung von Industriesektoren.

Zudem werden Handelsstrategien erörtert, die darauf abzielen, die Versorgung in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten zu diversifizieren und nachhaltigere, widerstandsfähigere Lieferketten zu entwickeln.
https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-and-japan-hold-first-working-group-discuss-economic-security-and-supply-chains-2024-01-30_en?prefLang=de&etrans=de

Kommission; Vorschlag für eine Verlängerung der Handelsmaßnahmen für die Ukraine und Moldau

Die Kommission schlug am 31.01.2024 vor, die Aussetzung der Einfuhrzölle für ukrainische Exporte in die EU um ein weiteres Jahr zu verlängern und gleichzeitig den Schutz sensibler landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU zu verstärken. Diese autonomen Handelsmaßnahmen sind seit Juni 2022 in Kraft und unterstreichen die anhaltende Unterstützung der EU für die Ukraine aufgrund des Angriffskriegs Russlands. Die Verlängerung berücksichtigt auch die Interessen der EU-Landwirte. Ein verstärkter Schutzmechanismus soll insbesondere für Geflügel, Eier und Zucker eingeführt werden, um die Einfuhrmengen auf dem Niveau der Jahre 2022 und 2023 zu stabilisieren. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, die Aussetzung aller verbleibenden Zölle auf Einfuhren aus Moldau um ein weiteres Jahr zu verlängern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_562

EP; Rat; Vorläufige Einigung zu Notfallinstrument für den Binnenmarkt

Der Rat und das EP haben am 01.02.2024 eine vorläufige Einigung über den Verordnungsvorschlag für ein einheitliches Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI) sowie über mehrere begleitende Legislativvorschläge (SMEI Omnibus) erzielt. Mit der SMEI soll eine Krisen-Governance-Struktur für den Binnenmarkt einschließlich eines Überwachungssystems zur Ermittlung von Bedrohungen und einer Beratungsgruppe errichtet werden. Der SMEI-Omnibus soll daran anknüpfend die geltenden Rechtsvorschriften über Konformitätsbewertungsregeln aktualisieren und gemeinsame Spezifikationen und Marktüberwachungsregeln schaffen. Der Einigungstext präzisiert den Anwendungsbereich des Verordnungsvorschlags. So müssen sich die Maßnahmen auf Krisensituationen beschränken und sollten keine nationalen Zuständigkeitsbereiche berühren. Die Einigung stärkt auch die Rolle der Beratergruppe, die zum „Krisen- und Widerstandsfähigkeitsrat für den Binnenmarkt“ umbenannt wird. Zusätzlich sieht die Einigung vor, dass die Kommission Stresstests und Simulationen durchführt, um Krisen zu antizipieren und sich auf sie vorzubereiten und die möglichen Auswirkungen auf den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr zu bewerten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/01/single-market-emergency-instrument-council-and-parliament-strike-a-provisional-deal-on-crisis-preparedness/>

Rat; EU-ASEAN Ministertreffen

Am 02.02.2024 fand die 24. Ministertagung des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in Brüssel statt. Den Vorsitz des Treffens führten gemeinsam der philippinische Außenminister, Enrique Manalo, als Landeskoordinator für die Beziehungen zwischen der EU und dem ASEAN-Dialog und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell. Es wurde beim Treffen über weitere Kooperationsmaßnahmen zwischen der EU und ASEAN diskutiert. Dazu zählen die Förderung des Handels mit einem Fokus auf umweltfreundlichen Initiativen, die Unterstützung des digitalen Wandels und die Stärkung sicherer Lieferketten. Ebenso wurden Maßnahmen zur Aktualisierung der Global Gateway Initiative sowie zur Überprüfung von regionalen und globalen Sicherheitsentwicklungen ergriffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2024/02/02/>

Kommission; Normung zur Förderung von Werten und eines grünen und digitalen Binnenmarkts

Die Kommission legte am 02.02.2024 eine neue Normungsstrategie vor, in der sie ihr Konzept für Normen im Binnenmarkt und weltweit umreißt. Die neue Strategie zielt darauf ab, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, den Wandel hin zu einer resilienten, grünen und digitalen Wirtschaft zu ermöglichen und demokratische Werte in Technologieanwendungen zu verankern. Als Teil der Strategie wurden fünf Maßnahmenbündel vorgeschlagen, unter anderem eine Verbesserung von Governance und Integrität des europäischen Normungssystems, eine Stärkung der Führungsrolle Europas bei globalen Normen und die Einrichtung eines hochrangigen Forums, um künftige Prioritäten im Bereich der Normung zu antizipieren. Zeitgleich legte die Kommission zudem ein Vorschlag zur Änderung der Verordnung 1025/2012 über die Normung und einen Bericht über ihre Umsetzung und das jährliche Arbeitsprogramm 2022 der Union für europäische Normung vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_661

Kommission; Leitfaden zur Finanzierung und Unterstützung ländlicher Gebiete

Die Kommission hat am 06.02.2024 einen neuen interaktiven Leitfaden veröffentlicht, in dem alle auf EU-Ebene verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für ländliche Gebiete erfasst werden. Insgesamt sammelt der Leitfaden Finanzierungsmöglichkeiten aus 26 verschiedenen EU-Fonds, von der gemeinsamen Agrarpolitik bis hin zum Kohäsionsfonds, Horizont Europa und der Aufbau- und Resilienzfazilität. Mithilfe des Leitfadens sollen Antragsteller im ländlichen Raum mit dem Wissen und den Instrumenten ausgestattet werden, die sie benötigen, um lokalen Bedürfnissen gerecht zu werden.

<https://funding.rural-vision.europa.eu/finder?lng=en>

Kommission; Leitfaden zur Unterstützung von EU-Herstellern bei Antidumpingbeschwerden veröffentlicht.

Am 06.02.2024 veröffentlichte die Kommission den aktualisierten Leitfaden „Wie kann ein Antidumpingantrag eingereicht werden“. Der Leitfaden soll Unternehmen, die durch gedumpte Einfuhren geschädigt wurden, bei der Vorbereitung eines Antrags auf Einleitung einer Antidumpinguntersuchung helfen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt wiederherzustellen. Ein strukturiertes Format soll Unternehmen bei der Vorbereitung von Beschwerden unterstützen und stellt Verknüpfungen zu Informationsquellen bereit. Darüber hinaus enthält der Leitfaden einen Abschnitt zur Vorbereitung von Anträgen auf Auslaufüberprüfung, um die bestehenden Antidumpingmaßnahmen aufrechtzuerhalten.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5dd1dca7-b5b0-11ee-b164-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-search>

Rat; informelle Ministertagung Kohäsionspolitik

Am 05/06.02.2024 trafen sich für die Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten in Mons (BEL), um über Leitlinien für die Zukunft der Kohäsionspolitik in Europa nach 2027 zu beraten. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die Kohäsionspolitik als echte Investitionspolitik der Solidarität auf europäischer Ebene wichtiger denn je sei. Es wurde diskutiert, wie die Kohäsionspolitik an die spezifischen Gegebenheiten der Regionen angepasst werden kann, ohne ihre ursprünglichen Ziele aus den Augen zu verlieren. Strategische Prioritäten sowie Schlüsselprinzipien für die Kohäsionspolitik nach 2027 wurden erörtert, wobei der

Fokus auf gerechten und regional verankerten Wandlungsprozessen lag. Zusätzlich wurden Vereinfachungsmaßnahmen zur verstärkten Durchführung von Investitionen vor Ort angesprochen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2024/02/05-06/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung über die Netto-Null-Industrie-Verordnung

EP und Rat haben am 06.02.2024 eine vorläufige Einigung über den "Net-Zero Industry Act" (NZIA) angenommen, der darauf abzielt, die grüne Industrie in der EU zu fördern. Die Einigung beinhaltet eine einheitliche Liste von Netto-Null-Technologien und Kriterien für die Auswahl strategischer Projekte in diesen Bereichen. Zu den wichtigsten Elementen der Einigung gehören zudem gestraffte Regeln für Baugenehmigungsverfahren, die Schaffung von Netto-Null-Industrie-Regionen und mehr Klarheit bei den Kriterien für die öffentliche Auftragsvergabe und Versteigerung. Die Frist für die Erteilung einer Genehmigung für den Bau oder die Erweiterung von großen Fertigungsprojekten mit Netto-Null-Technologie sowie von Projekten, die nicht in Gigawatt gemessen werden, wurden auf maximal 18 Monate festgelegt. Für kleinere Projekte (weniger als 1 Gigawatt) soll die Frist für die Erteilung der Genehmigung 12 Monate betragen. Für strategische Projekte wurden kürzere Fristen festgelegt. Weitere Regelungen betreffen u. a. die Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Netto-Null-Technologien durch die öffentliche Hand, die Anreize für den Kauf von Produkten mit Netto-Null-Technologien sowie die Festlegung von Kriterien für Auktionen für den Einsatz von Technologien für erneuerbare Energien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/06/net-zero-industry-act-council-and-parliament-strike-a-deal-to-boost-eu-s-green-industry/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung zu „STEP“

Rat und EP haben am 07.02.2024 eine vorläufige Einigung über die Verordnung 2023/0199 zur Einrichtung einer Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) erzielt. Die Plattform wird Investitionen in den Bereichen Digital-, Clean- und Biotechnologie mobilisieren, um die Souveränität und langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU bei kritischen Technologien zu stärken. Mit der Einigung haben die Mitgesetzgeber Rat und EP den Umfang der abgedeckten Investitionen festgelegt, wobei die Unterstützung für die gesamte Wertschöpfungskette kritischer Technologien und verbundene Dienstleistungen betont wurde. Die Kommission wurde aufgefordert, Leitlinien für die Klassifizierung kritischer Technologien zu entwickeln. Zudem konnten sich Rat und EP auf die Einrichtung eines Souveränitätsporthals und der Einführung von Souveränitätssiegeln einigen. Die Siegel sollen Projekten, die den Zielen der STEP dienen, verliehen werden, um den Zugang zu EU-Mitteln zu erleichtern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/07/strategic-technologies-for-europe-platform-provisional-agreement-to-boost-investments-in-critical-technologies/>

Europäische Investitionsbank; FIN Unternehmen führen in Innovation

Die EIB-Investitionsumfrage 2023 zeigt, dass FIN Unternehmen im Bereich Innovation führend in der EU sind. Die Hälfte der FIN Unternehmen hat im Rahmen ihrer Investitionstätigkeit neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickelt oder eingeführt und liegt damit über dem EU-Durchschnitt von 39% und über dem DEU-Wert von 38%. Darüber hinaus haben 81% der Unternehmen fortschrittliche digitale Technologien eingeführt, was deutlich über dem EU-Durchschnitt von 70% und dem DEU-Wert von 71% liegt. Die Umfrage zeigt jedoch auch eine besorgniserregende Verschiebung bei den Investitionserwartungen der Unternehmen auf. Im Gegensatz zum EU-Durchschnitt sind die Investitionsaussichten der FIN Unternehmen insgesamt

pessimistisch, was auf Bedenken hinsichtlich des Wirtschaftsklimas und der kurzfristigen Geschäftsaussichten zurückzuführen ist. Gleiches gilt auch für Unternehmen in DEU.

<https://www.eib.org/en/press/all/2024-037-despite-the-shift-in-investment-outlook-finnish-firms-are-leading-in-innovation-according-to-the-eib-investment-survey>

V e r k e h r

Kommission; Übergangspfad zu einem europäischen industriellen Ökosystem

Die Kommission hat am 29.01.2024 einen Übergangspfad für das industrielle Mobilitätsökosystem der EU veröffentlicht. Mit dem Aktionsplan, der von der Kommission gemeinsam mit nationalen und regionalen Behörden, Branchenvertretern, Nichtregierungsorganisationen und anderen interessierten Kreisen entwickelt wurde, sollen auf der Grundlage eines „Bottom-up“-Ansatzes Herausforderungen, Möglichkeiten, Bedingungen und Maßnahmen benannt werden, die von allen Akteuren benötigt werden, um den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen und die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems im Einklang mit der aktualisierten Industriestrategie der EU zu verbessern. Der Übergangspfad ist Teil der 2020 aktualisierten Industriestrategie der EU.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/transition-pathway-green-digital-and-resilient-eu-mobility-industrial-ecosystem-2024-01-29_en

Kommission; Richtlinienvorschlag zur Verbesserung von Flussinformationsdiensten

Die Kommission hat am 29.01.2024 einen Richtlinienvorschlag zur Verbesserung des Verkehrsmanagements auf Flüssen und Kanälen in der EU vorgelegt. Dieser Schritt ist Teil des Aktionsplans zur Verlagerung von Fracht auf die Binnenwasserstraßen Europas im Rahmen des EU-Grünen Deals und der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität. Angesichts der Energieeffizienz der Binnenschifffahrt soll die bestehende Richtlinie über Flussinformationsdienste aktualisiert werden, um überbelastete Strecken effektiver nutzen zu können. Der neue Rahmen zielt darauf ab, den Einsatz von Flussinformationsdiensten zu regulieren, Datenverfügbarkeit sicherzustellen und technische Spezifikationen zu harmonisieren. Damit soll den Erwartungen des Binnenschifffahrtssektors entsprochen werden. Zusätzlich zum Vorschlag wurde eine Konsultation eröffnet. Die Frist für die Rückmeldung endet am 25.03.2024.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-proposes-modernise-river-information-services-eu-2024-01-29_en?prefLang=de&etrans=de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13135-Binnenschifffahrtswasserstraßen-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften_de

EuGH; Zurückweisung der Rechtsmittel von Scania gegen die verhängte Geldbuße der Kommission

Der EuGH entschied mit Urteil vom 01.02.2024 in der Rechtsmittelsache C-251/22 P die von Scania eingelegten Rechtsmittel alle zurückzuweisen. Er stellte u. a. fest, dass Scania nicht dargetan hat, dass das Gericht der EU (EuG) es versäumt hat, zu prüfen, ob das Verwaltungsverfahren mit dem Grundsatz der Unparteilichkeit im Einklang stand. Damit bleibt die von der Kommission gegenüber Scania verhängte Geldbuße wegen der Beteiligung an einem LKW-Kartell in Höhe von rund 880 Mio. EUR aufrechterhalten.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-251/22%20P>

Kommission; Prüfung des geänderten Umstrukturierungsplans von Corsair

Die Kommission hat am 05.02.2024 eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um die Vereinbarkeit der geplanten Änderungen am Umstrukturierungsplan der FRA Fluggesellschaft Corsair mit den EU-Beihilfavorschriften zu prüfen. Ursprünglich genehmigte die Kommission am 11.12.2020 einen Umstrukturierungsplan für Corsair, der staatliche Beihilfen in Höhe von 106,7 Mio. EUR sowie 30,2 Mio. EUR zur Kompensation von coronabedingten Einbußen umfasste. FRA hat nun Änderungen am Plan vorgeschlagen, um Corsair an das veränderte Geschäftsumfeld anzupassen. Die Kommission wird prüfen, ob diese Änderungen den Beihilfavorschriften entsprechen. Das Verfahren wird ergebnisoffen geführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_516

Kommission; Konsultation zur Ökologisierung von Unternehmensflotten

Die Kommission hat am 06.02.2024 eine Konsultation zur Ökologisierung von Unternehmensflotten eröffnet. Mit dieser Konsultation will die Kommission zunächst relevante Daten, Rückmeldungen zu bestehenden Hindernissen und Empfehlungen zur Ökologisierung von Unternehmensflotten wie Mietwagenflotten, Firmenwagen, Taxi-Unternehmen, großen Logistik-LKW-Flotten usw. sammeln, um weitere Initiativen zur Beschleunigung der Umstellung auf emissionsfreie Fahrzeuge in Unternehmensflotten zu untersuchen. Die Frist für die Rückmeldung endet am 29.02.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14111-Okologisierung-von-Unternehmensflotten_de

EP; Annahme des Standpunkts zum Richtlinienvorschlag über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrbefähigungsverlust

Am 06.02.2024 hat das EP mit dem Bericht von MdEP Petar Vitanov (S&D, BUL) seinen Standpunkt zum Richtlinienvorschlag 2023/0055 der Kommission zur unionsweiten Wirkung bestimmter Entziehungen der Fahrerlaubnis mit einer Mehrheit von 372 - 220 - 43 angenommen. Das EP fordert, ergänzend zum Kommissionsvorschlag, das Fahren ohne gültigen Führerschein in die Liste der schwerwiegenden Verkehrsverstöße wie Alkohol am Steuer oder tödliche Verkehrsunfälle aufzunehmen. Ferner fordert das EP eine Frist von zehn Arbeitstagen festzulegen, innerhalb derer die Mitgliedstaaten einander über Entscheidungen zum Entzug der Fahrerlaubnis informieren müssen, sowie eine weitere Frist von 15 Arbeitstagen, innerhalb derer entschieden wird, ob der Entzug der Fahrerlaubnis EU-weit gilt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240202IPR17309/europaisches-parlament-will-straffreiheit-fur-rucksichtsloses-fahren-beenden>

EuG; Staatliche Beihilfe der NDL an KLM Royal Dutch Airlines für nichtig erklärt

Am 07.02.2024 erklärte das EuG in der Rechtssache T-146/22, die staatliche Beihilfe der NDL an die nationale Fluggesellschaft KLM Royal Dutch Airlines in Höhe von 3,4 Mrd. EUR für nichtig. Am 13.06.2020 genehmigte die Kommission eine staatliche Beihilfe von NDL an KLM. Ziel der Maßnahme war es, KLM im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie vorübergehend Liquidität zur Verfügung zu stellen. Gegen diesen Beschluss erhob die Fluggesellschaft Ryanair eine Nichtigkeitsklage, der vom EuG am 19.05.2021 in der Rechtssache T-640/20 stattgegeben wurde. In der Folge erließ die Kommission am 16.07.2021 einen neuen Beschluss, in dem sie die Auffassung vertrat, dass die staatliche Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar sei. Auch dieser Beschluss wurde nun vom EuG für nichtig erklärt. Nach Ansicht des EuG

hat die Kommission fehlerhaft die Empfänger der staatlichen Beihilfe bestimmt, indem sie die Holding Air France-KLM und Air France, beides zwei Unternehmen des Air France-KLM Konzerns, als nicht zum Kreis der Begünstigten gehörig eingestuft hat.
<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-146/22>

E n e r g i e

Kommission; Konsultation zur Mobilisierung privater Investitionen in die Energieeffizienz

Die Kommission hat am 29.01.2024 eine Konsultation zur Mobilisierung privater Investitionen in die Energieeffizienz eröffnet. Gemäß der Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie (EU) 2023/1791 muss die Kommission den Mitgliedstaaten und Marktteilnehmern bis zum 31.12.2024 Leitlinien für die Mobilisierung privater Investitionen bereitstellen. Mit dieser Konsultation will die Kommission relevante Daten, Rückmeldungen zu bestehenden Hindernissen und Empfehlungen zur Mobilisierung privater Investitionen in die Energieeffizienz von den Interessenträgern und Marktteilnehmern sammeln. Die Frist für die Rückmeldung endet am 29.02.2024.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13938-Mobilisierung-privater-Investitionen-in-die-Energieeffizienz-Leitlinien-fur-Mitgliedstaaten-und-Marktteilnehmer_de

Kommission; Konsultation zu Gestaltungselementen von Auktionen für erneuerbare Energien

Die Kommission hat am 02.02.2024 eine Konsultation bezüglich Empfehlungen und Leitlinien der Kommission zu Gestaltungselementen von Auktionen für erneuerbare Energien eröffnet. Die Kommission will die Gestaltung von Auktionen für erneuerbare Energien, insbesondere für Windenergie, verbessern, vereinfachen und in allen Mitgliedstaaten vereinheitlichen, um Mängel zu beheben, die zu Verzögerungen bei der Projektausführung und zur Einstellung von Projekten führen könnten. Die Initiative ist Teil des europäischen Windkraft-Aktionsplans. Die Frist für die Rückmeldung endet am 01.03.2024.
<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14122-Gestaltungselemente-von-Auktionen-fur-erneuerbare-Energien-Leitlinien-de>

D i g i t a l

Kommission; Vorschlag für Änderungen der EuroHPC-Verordnung

Am 24.01.2024 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zu Änderungen an der Verordnung über das gemeinsame Europäische Unternehmen für High Performance Computing (EuroHPC) mit Sitz in LUX mit dem Ziel, sog. „KI-Fabriken“ im Rahmen des EuroHPC einzurichten. EuroHPC bündelt die leistungsstärkste Supercomputerkapazität in der EU. Die KI-Fabriken sollen darin künftig folgende KI-Rohstoffe zusammenführen: Super-Rechenleistung, Daten, Algorithmen und Talente. Bis 2027 will die EU zudem 8 Mrd. EUR in modernste Supercomputing-Kapazitäten über das EuroHPC investieren. Dabei sollen 2,1 Mrd. EUR für die Aufrüstung von EuroHPC-Supercomputern mit KI-Fähigkeiten sowie für die Entwicklung von KI-orientierten Mikroprozessoren bereitgestellt werden. Darüber hinaus will die Kommission eine finanzielle Unterstützung für die Gründung von KI-

Start-ups sowie für Scale-up-Aktivitäten in Höhe von 100 Mio. EUR über das Förderprogramm InvestEU zur Verfügung stellen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/proposal-regulation-amending-regulation-eu-20211173-regards-eurohpc-initiative-start-ups-boost>

Kommission; Mitteilung über KI-Gründungen und Innovationen

Am 24.01.2024 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung über KI-Gründungen und Innovationen, mit der ein strategischer Rahmen für Investitionen in vertrauenswürdige KI festgelegt wird. Dieser soll Start-ups helfen, die Supercomputer-Infrastruktur in der EU besser zu nutzen. Laut Kommission ist dies notwendig, da derzeit mehr als 90% der weltweiten KI-Risikokapitalinvestitionen in den USA getätigt werden. Im Rahmen der Mitteilung kündigt die Kommission zudem den Ausbau der finanziellen Unterstützung für KI-Start-ups über die Programme „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“ an. So sollen bis 2027 zusätzlich öffentliche und private Investitionen in Höhe von rund 4 Mrd. EUR ausgelöst werden. Begleitet werden soll die verstärkte KI-Förderung durch EU-Initiativen zur Stärkung des KI-Talentpools - insbesondere durch Bildungs-, Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/communication-boosting-startups-and-innovation-trustworthy-artificial-intelligence>

Kommission; Gründung von Konsortien für digitale Infrastrukturen (EDICs)

Die Kommission hat am 24.01.2024 bekanntgegeben, dass sie zusammen mit den Mitgliedstaaten (MS) zwei europäische Konsortien für digitale Infrastrukturen (EDICs) gründen wird: Die „Allianz für Sprachtechnologien“ (Alliance for Language Technologies; ALT-EDIC) zielt darauf ab, eine gemeinsame europäische Infrastruktur für Sprachtechnologien zu entwickeln, um den Mangel an europäischen Sprachdaten für das Training von KI-Lösungen zu beheben und die sprachliche Vielfalt Europas zu erhalten. Das EDIC „CitiVERSE“ soll hochmoderne KI-Tools anwenden, um lokale digitale Zwillinge von Städten zu entwickeln und EU-weit zu vernetzen. Das EDIC soll zudem Städten helfen, Prozesse per KI zu simulieren und zu optimieren. Die MS sollen mit Unterstützung der Kommission rund 100 Mio. EUR in das ALT-EDIC und das CitiVERSE-EDIC investieren.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/edic>

Kommission; Einrichtung eines KI-Büros (AI Office)

Die Kommission hat am 24.01.2024 beschlossen, ein KI-Büro mit Sitz innerhalb der Generaldirektion Connect in Brüssel mit der Bezeichnung „European Artificial Intelligence Office“ einzurichten. Das Büro soll grundsätzlich Wissen und Verständnis für KI verbessern und darüber hinaus für folgende Aufgaben zuständig sein: Durchführung und Durchsetzung der KI-Verordnung in der gesamten EU; Erarbeitung einer internationalen KI-Strategie der EU; Beschleunigung der Entwicklung, Einführung und Nutzung von vertrauenswürdiger KI sowie die Überwachung der Entwicklung des KI-Marktes. Das KI-Büro soll dadurch zu einer zentralen Koordinierungsstelle für die KI-Politik auf EU-Ebene werden und mit anderen Kommissionsdienststellen, EU-Einrichtungen, Mitgliedstaaten und NGOs zusammenarbeiten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/commission-decision-establishing-european-ai-office>

Kommission; Mitteilung zum Einsatz von KI in der Kommission (AI@EC)

Die Kommission hat am 24.01.2024 eine Mitteilung angenommen, in der sie ihren eigenen strategischen Ansatz für den Einsatz von KI in der Kommission darlegt (sog. „AI@EC“-Initiative). Die Kommission verpflichtet sich darin, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um eine rechtmäßige, sichere und vertrauenswürdige Nutzung von KI innerhalb der Kommission zu gewährleisten: Entwicklung interner operativer Leitlinien, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine klare und pragmatische Anleitung geben, wie KI-Systeme in Betrieb genommen werden können; Klassifizierung und Bewertung von KI-Systemen, die von der Kommission eingesetzt werden auf der Grundlage eines risikobasierten Ansatzes; Verzicht auf den Einsatz von KI-Systemen, die als unvereinbar mit den europäischen Werten angesehen werden; Schaffung von Organisationsstrukturen zur Erfüllung der KI-Verpflichtungen der Kommission.

https://commission.europa.eu/publications/artificial-intelligence-european-commission-ai-ec-communication_en

Forschung

Kommission; Forschungstagung der EU; „Research & Innovation Days“;

Die Kommission hat am 26.01.2024 das Programm der diesjährigen „European Research and Innovation (R&I) Days 2024“ bekannt gegeben, die sich der EU-Forschungspolitik und der Zukunft des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa widmen wird. Sie finden 2024 zum fünften Mal statt. Die EU R&I Days werden vom 18.03. bis 21.03.2024 während einer sog. „Europäischen Forschungs- und Innovationswoche“ stattfinden, sowohl vor Ort in Brüssel sowie parallel als Online-Veranstaltung. Das Motto der von der Generaldirektion Forschung und Innovation ausgerichteten Tagung ist: eine 40-jährige Reise durch die Rahmenprogramme für Forschung und Innovation. Eine Registrierung ist Interessierten unter nachfolgendem Link möglich.

<https://projects.research-and-innovation.ec.europa.eu/>

Forschungszentrum; Innovationsprojekte; lokale Innovation; Green Deal

Am 26.01.2024 hat das Gemeinsame Forschungszentrum der EU (JRC) einen Bericht zur Frage veröffentlicht, wie Innovationen im Lichte des Klimaschutzes und des Europäischen Grünen Deal vor Ort umgesetzt werden können. Ziel des Berichtes ist es, Regionen und regionalen Akteuren vor Ort Entscheidungshilfen und „Werkzeuge“ im Bereich der Innovation anzubieten. Dazu sind im Bericht eine Reihe konkreter Instrumente genannt. Der Bericht des JRC wurde mit dem Ziel einer „transformativen Innovation“ verfasst. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört u.a. der Einsatz von Tools wie „Challenge-led system Mapping“, das eine praxisorientierte Einbettung für die Gestaltung und Umsetzung innovativer partizipativer Prozesse oder „JRC-Tools für die Stadtentwicklung“ liefert.

https://joint-research-centre.ec.europa.eu/jrc-news-and-updates/boosting-twin-transition-through-innovation-inspiring-practices-and-tools-across-europe-2024-01-26_en?prefLang=de&etrans=de

Kommission; Evaluierung des Forschungsrahmenprogramms;

Am 30.01.2024 hat die Kommission einen Bericht zur Bewertung von Horizont 2020, dem letzten Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, vorgelegt. Das Fazit der Kommission, das sich auf über 1.000 geführte Interviews stützt, ist weitestgehend positiv: Horizont 2020, das von 2014 bis 2021 lief, habe wesentlich zu wissenschaftlichen Durchbrüchen und Fortschritten in neu entstehenden Bereichen

der Wissenschaft beigetragen, v.a. in den medizinischen Wissenschaften, der Quantenmechanik, der chemischen Technik und den Verbundwerkstoffen. Das Programm habe einen wesentlichen Beitrag zum Ziel der EU geleistet, bis 2020 3% des BIP in Forschung zu investieren. Dennoch machten die Horizont-2020-Investitionen nur 10% der öffentlichen Forschungsausgaben in der EU aus, da der Großteil der Mittel von der nationalen und regionalen Ebene stammt. Die Kommission hebt hervor, dass Horizont 2020 für die Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels von zentraler Bedeutung sei. Das Programm habe Flexibilität bewiesen, als es um Reaktion auf Notsituationen wie den Ausbruch von Ebola oder von COVID-19 ging. Einige Beispiele (von vielen) für die Bedeutung von Horizont seien, die Entwicklung experimenteller personalisierter Krebsimpfstoffe, ein bedeutender Fortschritt in der Krebsbehandlung und die Unterstützung der Entwicklung des ersten Impfstoffs gegen COVID-19. Der Bericht zeigt auch Herausforderungen auf. Die Sozial- und Geisteswissenschaften seien in den verschiedenen Teilen des Programms uneinheitlich aufgegriffen worden. Zudem sei die lange Zeitspanne, die Projekte benötigen, um ihre gesellschaftlichen Auswirkungen nachzuweisen, eine Herausforderung. Die wirtschaftlichen Effekte von Horizont hingegen seien sehr gut.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2024:49:FIN&qid=1706527941657>

Finanzdienstleistungen

EP; Rat; Vorläufige Einigung über das Maßnahmenpaket für Börsennotierungen

Rat und EP haben am 01.02.2024 eine vorläufige Einigung über das Maßnahmenpaket für Börsennotierungen erzielt. Das Maßnahmenpaket besteht aus drei Veränderungsvorschlägen zu Änderungen der Prospektverordnung, der Marktmissbrauchsverordnung und der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente sowie über Änderungen der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente. Mit dem Maßnahmenpaket soll die Attraktivität der öffentlichen Kapitalmärkte der Union für EU-Unternehmen gesteigert und die Notierung an europäischen Börsen für Unternehmen aller Größen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), erleichtert werden. Die Einigung strebt ein Gleichgewicht zwischen der Lockerung der Offenlegungspflichten und der Wahrung der Marktintegrität, insbesondere bei zeitlich gestreckten Vorgängen, an. Die Vorschriften für Finanzanalysen sollen ebenfalls gelockert werden, um mehr Analysen zu KMU zu ermöglichen und die Sichtbarkeit der notierten Emittenten zu verbessern. Wertpapierfirmen sollen laut Einigung zudem sicherstellen, dass ihre Analysen im Einklang mit dem EU-Verhaltenskodex erstellt werden. Die Einigung sieht auch die Möglichkeit der erneuten Bündelung von Zahlungen für Analysen und die Ausführung von Aufträgen vor. Zudem wird die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen ESMA und nationalen zuständigen Stellen gestärkt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/01/listings-on-european-stock-exchanges-council-and-parliament-agree-new-act/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung bezüglich der Richtlinie über Mehrstimmrechtsaktien

Am 01.02.2024 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung über den Richtlinienentwurf 2022/0406 über „Strukturen mit Mehrstimmrechtsaktien in Gesellschaften, die eine Zulassung ihrer Anteile zum Handel an einem KMU-Wachstumsmarkt beantragen“ erzielt. Die Richtlinie zielt darauf ab, Eigentümer von

Unternehmen, hauptsächlich von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), dazu zu ermutigen, ihre Aktien erstmals an einem KMU-Wachstumsmarkt unter Verwendung von Mehrstimmrechts-Aktienstrukturen zu notieren. Sie bezweckt, Ungleichheiten für Unternehmen, die sich auf den KMU-Wachstumsmärkten Mittel beschaffen wollen, zu verringern, indem eine Mindestharmonisierung im Binnenmarkt geschaffen wird. Sie soll die Hindernisse für den Zugang zu den KMU-Wachstumsmärkten, die durch regulatorische Barrieren entstehen, beseitigen. Die vorläufige Einigung sieht zudem vor, den Anwendungsbereich der Richtlinie neben den KMU-Wachstumsmärkten auch auf alle anderen multilateralen Handelssysteme auszudehnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/01/multiple-vote-share-structures-council-and-parliament-adopt-provisional-agreement-to-ease-smes-access-to-finance/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung bezüglich der Bewertung der Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen

Am 06.02.2024 erzielten Rat und EP eine vorläufige Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über die Bewertung von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekten (ESG). Diese soll das Vertrauen von Anlegern in nachhaltige Produkte stärken. Mithilfe neuer Transparenzregeln sollen Anleger ihr Geld künftig leichter in nachhaltige Anlageformen investieren können. Rat und EP einigten sich auf weitere Maßnahmen, unter anderem, dass Anbieter von ESG-Ratings künftig von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zugelassen und beaufsichtigt werden müssen. Anbieter müssen im Hinblick auf Methodik und Informationsquellen zusätzliche Transparenzanforderungen erfüllen. Auch sieht die Einigung die Möglichkeit vor, separate Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführung-Ratings abzugeben. Daran anknüpfend sollen ESG-Ratings nach ihren einzelnen Bestandteilen aufgeschlüsselt werden können und nicht mehr nur eine einzige Kennzahl für alle Bereiche liefern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/05/environmental-social-and-governance-esg-ratings-council-and-parliament-reach-agreement/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für bestimmte Sektoren

Rat und EP haben am 07.02.2024 eine vorläufige Einigung über die Richtlinienvorschlag 2023/0368 über die Fristen für die Annahme von Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung bestimmter Sektoren und bestimmter Unternehmen aus Drittländern zur Änderung der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) erzielt. Dadurch erhalten Unternehmen mehr Zeit für die Vorbereitung auf die sektoralen Europäischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS). Gemäß EU-Recht müssen börsennotierte Unternehmen Informationen über soziale und ökologische Risiken und Chancen offenlegen, um Investoren und anderen Interessengruppen bei der Bewertung der Nachhaltigkeit ihrer Aktivitäten zu helfen. Die Kommission hatte am 31.07.2023 erste bereichsübergreifende Standards für diese Berichterstattung mit dem Richtlinienvorschlag formuliert, die beim Erlass von sektorspezifischen Standards, Standards für kleine und mittlere Unternehmen und Standards für bestimmte Unternehmen aus Drittländern mit einem EU-Umsatz von über 150 Mio. Euro befolgt werden müssen. Ursprünglich sollten diese Standards bis zum 30.06.2024 umgesetzt werden. Die erzielte vorläufige Einigung verschiebt die Annahme der neuen Standards auf den 30.06.2026.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/07/council-and-parliament-agree-to-delay-sustainability-reporting-for-certain-sectors-and-third-country-companies-by-two-years/>

EP; Rat; Vorläufige Einigung zum „Euroclearing“

EP und Rat haben am 07.02.2024 eine vorläufige Einigung zur Reform der Überarbeitung der europäischen Marktinfrastrukturverordnung („EMIR III“) erzielt. Die Einigung sieht vor, dass es den Aufsichtsbehörden in der Praxis möglich ist, gestraffte Aufsichtsprozesse, wie etwa Zulassungs- und Validierungsverfahren, anzuwenden. Die Rolle der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) wird gestärkt, indem ihr eine Koordinierungsfunktion in Krisensituationen einräumt wird. Gleichzeitig soll jedoch klargestellt werden, dass die endgültige Entscheidungsbefugnis bei den zuständigen nationalen Behörden liegt. Darüber hinaus wird die ESMA über Prüfungen vor Ort informiert. Sie kann darum ersuchen, zu diesen Prüfungen eingeladen zu werden und Stellungnahmen in einem erweiterten Spektrum von Bereichen abzugeben. Die Einigung sieht zudem, die Festlegung einer soliden Anforderung an ein aktives Konto (AAR) vor, wonach bestimmte finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien über ein Konto bei einem zentralen Kontrahenten (CCP) in der EU verfügen müssen, damit das Konto tatsächlich genutzt werden kann. Dies wird durch eine Reihe von Anforderungen sichergestellt, die von diesen Konten erfüllt werden müssen, einschließlich der Anforderungen an Gegenparteien, die einen bestimmten Schwellenwert überschreiten. Darüber hinaus wird ein gemeinsamer Überwachungsmechanismus geschaffen, um diese neuen Anforderungen zu überwachen.

<https://www.consilium.europa.eu/da/press/press-releases/2024/02/07/capital-markets-union-council-an-parliament-agree-on-improvements-to-eu-clearing-services/>

Finanzen

EuGH; Urteil zu Mehrwertsteuerbetrug beim Ausstellen falscher Rechnungen eines Mitarbeiters

Am 30.01.2024 fällte der EuGH in der Rechtssache C-442/22 sein Urteil. Es geht dabei um ein Vorabentscheidungsersuchen des obersten Verwaltungsgerichts POL zur Auslegung der Mehrwertsteuerrichtlinien. Zwischen 2010 und 2014 stellte die Arbeitnehmerin einer in POL niedergelassenen Gesellschaft, die eine Tankstelle betreibt, Rechnungen über einen Gesamtwert von 320.000 EUR aus, die keine tatsächlichen Warenverkäufe widerspiegeln. Zu diesem Zweck verwendete sie die Daten ihres mehrwertsteuerpflichtigen Arbeitgebers ohne dessen Wissen und Zustimmung. Die Rechnungen wurden von den Rechnungsempfängern verwendet, um unberechtigterweise eine Mehrwertsteuererstattung zu erlangen, ohne dass die entsprechende Steuer an die Staatskasse abgeführt wurde. Der EuGH entschied, dass die Mehrwertsteuer nicht vom scheinbaren Aussteller einer falschen Rechnung geschuldet werden kann, wenn dieser gutgläubig ist und die Finanzverwaltung die Identität der Person kennt, die diese Rechnung tatsächlich ausgestellt hat. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeber die zumutbare Sorgfalt walten lassen hat, um das Handeln seines Mitarbeiters zu überwachen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-442/22>

EP; Rat; Anhörung zur Auswahl des Sitzes der EU-Antigeldwäsche-Behörde

Am 30.01.2024 fand im EP eine gemeinsame öffentliche Anhörung von Rat und EP zur Sitzvergabe der neu zu schaffenden EU-Antigeldwäschebehörde AMLA statt. Im Rahmen von jeweils einer Stunde präsentierten sich die neun Bewerberländer und stellten sich anschließend den Fragen der Ratsvertreter und Abgeordneten der

zuständigen ECON- und LIBE-Ausschüsse. Deutschlands Bewerbung mit Frankfurt wurde durch Bundesfinanzminister Christian Lindner, Hessens Finanzminister Prof. Alexander Lorz und den Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef vertreten. Lindner kündigte dabei an, dass Bund, Land und Stadt die finanzielle Unterstützung für die AMLA von 10 Mio. EUR angesichts der nun höher veranschlagten Personaldecke mindestens verdoppeln würden, sollte der Zuschlag an Frankfurt gehen. Auch stellte Lindner die drei Bürogebäude vor, unter denen die AMLA wählen könne und die sofort zur Verfügung stünden. Auf kritische Nachfragen zu den Bemühungen von DEU im Bereich der Geldwäschebekämpfung verwies Lindner auf die geplante Schaffung eines Bundesamts zur Bekämpfung von Finanzkriminalität. Neben Frankfurt bewerben sich Paris, Madrid, Brüssel, Vilnius, Riga, Wien, Dublin und Rom und den Sitz der AMLA.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240122IPR17037/anti-money-laundering-agency-host-city-candidates-to-present-their-bids>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU bezüglich Mehrwertsteuervorschriften

Die Kommission hat am 07.02.2024 beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an DEU zu richten, weil DEU laut Kommission die EU-Vorschriften zur Befreiung von Privatunterricht von der Mehrwertsteuer gemäß der Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112, nicht ordnungsgemäß anwendet. Nach der Richtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, von Privatlehrern erteilten Schul- und Hochschulunterricht von der Mehrwertsteuer zu befreien. In DEU müssen Privatlehrer eine Bescheinigung vorlegen, um von der Mehrwertsteuer befreit zu werden. Aus dieser von der zuständigen Landesbehörde auszustellenden Bescheinigung muss hervorgehen, dass die Unterrichtsleistungen auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegende Prüfung vorbereiten. Dieses Erfordernis steht nicht im Einklang mit dem EU-Recht.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-entscheidung-zu-deutschland-2024-02-07_de

S o z i a l e s

Kommission; Rat; Gipfel mit Sozialpartnern in Val Duchesse

Am 31.01.2024 hielten die Kommission, der belgische EU-Ratsvorsitz und die europäischen Sozialpartner einen Gipfel am symbolträchtigen Ort Val Duchesse ab. In diesem Rahmen unterzeichneten sie eine „Dreigliedrige Erklärung für einen dynamischen europäischen sozialen Dialog“. Die Erklärung soll ein neues Bekenntnis zum sozialen Dialog auf EU-Ebene darstellen, um diesen angesichts wachsender Herausforderungen für die Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte zu stärken. Ziel ist die Förderung florierender Unternehmen, hochwertiger Arbeitsplätze und Dienstleistungen sowie besserer Arbeitsbedingungen. In den Fokus wurden hierbei vier Punkte gerückt: 1. Den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beheben, wozu die Kommission in Abstimmung mit den Sozialpartnern im Frühjahr 2024 eine Mitteilung vorlegen soll. 2. Den hohen Stellenwert des europäischen sozialen Dialogs bei der Gestaltung des ökologischen und des digitalen Wandels zu bekräftigen. 3. Eine Beauftragung für den europäischen sozialen Dialog einzurichten. Die beauftragte Person soll die Rolle des sozialen Dialogs auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten fördern und die Umsetzung der mit der Mitteilung der Kommission über die Stärkung des sozialen Dialogs in der EU verbundenen Maßnahmen unterstützen und koordinieren. 4. Abschluss eines Pakts für den europäischen sozialen Dialog. Der Pakt

soll bis Anfang 2025 in zwei- und dreigliedrigen Sitzungen erarbeitet werden und auch die Frage der institutionellen und finanziellen Unterstützung und den Kapazitätsaufbau durch die EU thematisieren, unter anderem durch den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Am Gipfel in Val Duchesse 2024 nahmen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Vizepräsident Margaritis Schinas, und Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte sowie Ministerpräsident De Croo und die Minister Dermagne, Vandenbroucke und Clarinval aus BEL teil. Die Arbeitnehmerseite wurde durch den Europäischen Gewerkschaftsbund EGB und die Arbeitgeberseite durch „Business Europe“, „SME United“ und „SGI Europe“ vertreten.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=27309&langId=en>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; EP; Einigung zu Verbraucherinformationen in Bezug auf Honig, Konfitüren und Fruchtsäfte

Rat und EP haben am 30.01.2024 eine vorläufige Einigung im Hinblick auf verbesserte Anforderungen an die Verbraucherinformationen in Bezug auf Honig, Konfitüren, Fruchtsäfte und Trockenmilch (sogenannte „Frühstücksrichtlinien“) erzielt. Die überarbeiteten Richtlinien sehen insbesondere eine verpflichtende Ursprungskennzeichnung für Honig, klarere Aussagen über den Zuckergehalt von Fruchtsaftgetränken sowie eine Erhöhung des Mindestfruchtgehalts bei Konfitüren vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/30/breakfast-directives-council-and-parliament-strike-deal-to-improve-consumer-information-for-honey-fruit-jams-and-fruit-juices/>

Kommission; Vorschlag für Krebsprävention durch Impfung vorgelegt

Die Kommission hat am 31.01.2024 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung im Bereich der Krebsprävention vorgelegt. Er legt den Fokus auf die Bekämpfung von vermeidbaren Krebserkrankungen, die innerhalb der EU einen Anteil von 40 Prozent aufweisen. Um diese Zielsetzungen des EU-Plans gegen Krebs umzusetzen, empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen. Hierzu gehören Vorschläge für eine kostenlose Erstattung von entsprechenden Impfungen sowie die Einbeziehung von Immunisierungen in die nationalen Krebspläne einzubeziehen. Weitere Maßnahmen adressieren die Zugänglichkeit und Bekanntheit von Impfangeboten sowie konkrete Zielsetzungen, die sich an Zielen der Weltgesundheitsorganisation für 2030 ausrichten und Überwachung der Umsetzung.. Dazu zählt auch die Empfehlung, elektronische Impfreister einzurichten.

https://health.ec.europa.eu/publications/council-recommendation-vaccine-preventable-cancers_en

Rat; EP; Einigung auf Richtlinie über das Recht auf Reparatur

Rat und EP haben am 01.02.2024 eine vorläufige Einigung über den Richtlinienvorschlag zur Förderung der Reparatur defekter Waren erzielt. Die neuen Rechtsvorschriften werden es Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtern, Reparaturen statt Ersatz in Anspruch zu nehmen. Die vorläufige Einigung gilt für alle Produkte mit Reparaturbedarf nach EU-Recht (z. B. Waschmaschinen, Staubsauger oder Mobiltelefone). Außerdem wird ein Europäisches Formular für Reparaturinformationen eingeführt, das Reparaturbetriebe Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung stellen können und das klare Informationen wie Reparaturbedingungen, Zeit bis zur Fertigstellung der Arbeiten, Preise, Ersatzprodukte usw. enthält. Eine europäische Online-Plattform für Reparaturen soll

die Vermittlung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Reparaturbetrieben erleichtern. Zudem wird der Haftungszeitraum des Verkäufers um 12 Monate nach der Reparatur eines Produkts verlängert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/02/circular-economy-council-and-parliament-strike-provisional-deal-on-the-right-to-repair-directive/>

U m w e l t

Rat; EP; Einigung über effizientere Behandlung von kommunalem Abwasser

Rat und EP haben am 29.01.2024 eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser erzielt. Mit Einführung der neuen Maßnahmen sollen mehr Nährstoffe aus dem kommunalen Abwasser entfernt werden und neue Normen für Mikroschadstoffe gelten. Die Richtlinie gilt nun auch für kleinere Gemeinden ab 1.000 Einwohnern. Es wird eine Frist für das Erreichen der Energieneutralität in diesem Sektor sowie ein System der erweiterten Herstellerverantwortung eingeführt, um sicherzustellen, dass die am stärksten umweltbelastenden Sektoren einen gerechten Beitrag zur Abwasserbehandlung von Mikroschadstoffen leisten. Zudem wird durch die Richtlinie die Bewirtschaftung des Regenwassers verbessert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/29/urban-wastewater-council-and-parliament-reach-a-deal-on-new-rules-for-more-efficient-treatment-and-monitoring/>

Rat; Verabschiedung der Verordnung zur Verringerung der Emissionen von fluorierten Gasen

Der Rat verabschiedete am 29.01.2024, nach Zustimmung des EP, den Vorschlag für eine Verordnung über fluorierte Treibhausgase (F-Gase). Der Text sieht einen vollständigen Ausstieg aus den teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW) bis 2050 vor, einschließlich eines Zeitplans zur Reduzierung der EU-Verbrauchsquote zwischen 2024 und 2049. Zusätzlich werden strikte Vorgaben eingeführt, die den Verkauf von Produkten, die F-Gase enthalten, in der EU verbieten. Ferner werden konkrete Fristen für den Ausstieg aus der Nutzung von F-Gasen in jenen Branchen festgesetzt, in denen eine Umstellung auf Alternativen technologisch und wirtschaftlich machbar ist, wie z. B. bei Haushaltskühlgeräten, Klimaanlage und Wärmepumpen. Die Kommission wird bis spätestens 01.01.2030 eine Bewertung der Auswirkungen der Verordnung durchführen, in deren Rahmen auch die Verfügbarkeit kostengünstiger, technisch durchführbarer und in ausreichender Menge bereitstellbarer F-Gas-Alternativen bewertet werden soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/29/fluorinated-gases-and-ozone-depleting-substances-council-greenlights-new-rules-to-reduce-harmful-emissions/>

Rat; Verabschiedung der Verordnung zur Senkung der Emissionen von ozonabbauenden Stoffen

Der Rat verabschiedete am 29.01.2024, nach Zustimmung des EP, den Vorschlag für eine Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht (ODS) führen. Mit dem Gesetz werden Anforderungen zur Rückgewinnung und zum Recycling solcher Stoffe in Baumaterialien bei Renovierungen eingeführt – insbesondere in Isolierschäumen – die die Hauptquelle der verbleibenden ODS-Emissionen in der EU darstellen. Außerdem werden strenge Ausnahmeregelungen für die Verwendung

dieser Stoffe als Ausgangsmaterial (zur Herstellung anderer Stoffe, z. B. in der pharmazeutischen oder chemischen Industrie), als Verarbeitungshilfsstoffe, in Labors und zum Brandschutz eingeführt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/29/fluorinated-gases-and-ozone-depleting-substances-council-greenlights-new-rules-to-reduce-harmful-emissions/>

Kommission; Empfehlungen für das 2040-Klimaziel

Am 06.02.2024 legte die Kommission ihre Empfehlungen für ein Emissionsreduktionsziel 2040 vor. Auf der Grundlage einer Folgenabschätzung, die die Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 analysiert, empfiehlt die Kommission eine Verringerung der Nettotreibhausgasemissionen bis 2040 um 90% gegenüber dem Stand von 1990. Die nächste Kommission werde nach der Wahl zum EP einen Legislativvorschlag vorlegen, der im Einklang mit dem EU-Klimagesetz mit dem EP und den Mitgliedstaaten abgestimmt wird. Als grundlegende Voraussetzung zur Erreichung des Ziels benennt die Kommission die vollständige Umsetzung des für den Zeitraum bis 2030 vereinbarten Rechtsrahmens, eine stärkere Konzentration auf einen gerechten Übergang, gleiche Wettbewerbsbedingungen mit internationalen Partnern und einen strategischen Dialog über den Rahmen für die Zeit nach 2030 unter anderem mit der Industrie und dem Agrarsektor.

https://climate.ec.europa.eu/document/download/2ccd7710-5fc3-420f-aeb8-9a3af271f970_en

Kommission; Strategie für das industrielle CO₂-Management

Die Kommission legte am 06.02.2024 eine Mitteilung über das industrielle CO₂-Management vor. In dieser Mitteilung wird eine Reihe von Maßnahmen genannt, die auf EU- und nationaler Ebene ergriffen werden müssen, um die Einführung dieser Technologien und der erforderlichen Infrastruktur zu ermöglichen, um in den kommenden Jahrzehnten einen CO₂-Binnenmarkt in Europa zu schaffen. Hier werden insbesondere Möglichkeiten der Finanzierung, Forschung, Innovation sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung und die internationale Zusammenarbeit genannt. Die Kommission wird mit den Vorbereitungen für ein mögliches künftiges Regulierungspaket für CO₂-Transport und -Speicherung beginnen, in dem Fragen wie Markt- und Kostenstruktur, Zugang Dritter, CO₂-Qualitätsnormen oder Investitionsanreize für neue Infrastrukturen berücksichtigt werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2024%3A62%3AFIN&qid=1707312980822>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Registrierung der Bürgerinitiative zum Schutz der Landwirtschaft

Die Kommission hat am 24.01.2024 beschlossen, die „Europäische Bürgerinitiative zum Schutz der Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft in Europa“ zu registrieren. In dieser Initiative wird der Schutz der europäischen Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft durch einen Rechtsrahmen gefordert, der auf mehreren Elementen beruht, darunter die vorrangige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Lebensmittelerzeugung, die Gewährleistung der Nahrungsmittelsouveränität und die Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit der Lebensmittelkette und hohen Preisen. Die Organisatoren fordern ferner die Einrichtung eines europäischen Wasserbewirtschaftungsplans zur Gewährleistung der Wasserversorgung und -verteilung in der gesamten EU sowie einer EU-Agentur für Landwirtschaft und

ländliche Wirtschaft, um den Schutz der Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft in den Entscheidungsprozessen der EU zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_345

Kommission; Strategischer Dialog zur Zukunft des Agrar- und Lebensmittelsektors

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 25.01.2024 in Brüssel den Strategischen Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft offiziell eröffnet. Dieses neue Forum soll bis zum Sommer 2024 eine gemeinsame Vision für die Zukunft des Agrar- und Lebensmittelsektors der EU entwickeln. Der Strategische Dialog bringt wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen. Dazu gehören Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, außerdem Nichtregierungsorganisationen und Vertreter der Zivilgesellschaft, Finanzinstitutionen und Hochschulen. Den Vorsitz hat der DEU Professor Peter Strohschneider, der zuvor der Zukunftskommission Landwirtschaft der Bundesregierung vorstand.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_417

Kommission; Zulassung und Erneuerung der Zulassung von GVOs als Lebens- und Futtermittel

Die Kommission hat eine neue Sorte von gentechnisch verändertem Mais zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Außerdem hat sie die Genehmigung für zwei gentechnisch veränderte Rapssorten verlängert. Die Genehmigungen umfassen nicht den Anbau in der EU. Alle Produkte, die daraus hergestellt werden, unterliegen den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU. Die Mitgliedstaaten hatten im Ständigen Ausschuss und im anschließenden Berufungsausschuss weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen die Zulassung erreicht. In diesem Fall trifft die Kommission die Entscheidung auf Grundlage der Bewertung der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA). Die Zulassung gilt für 10 Jahre.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-lasst-neue-sorten-von-gentechnisch-verändertem-mais-zu-verlangert-zulassung-fur-zwei-2024-01-26_de

Kommission; Konsultation zum Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe

Die Kommission hat für die Zeit vom 29.01. bis 26.02.2024 den Entwurf einer delegierten Verordnung über ergänzende Vorschriften zur Erfassung von Daten zur Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen des Datennetzes für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zur Konsultation gestellt. Das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen wird im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ in das Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe umgewandelt. Dadurch lassen sich auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe mehr Erkenntnisse über Nachhaltigkeitsaspekte der EU-Landwirtschaft erlangen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13983-Datennetz-fur-die-Nachhaltigkeit-landwirtschaftlicher-Betriebe-Erfassung-von-Daten-zur-Nachhaltigkeit-landwirtschaftlicher-Betriebe-erganzende-Vorschriften-de>

Kommission; DEU Beihilfen für Tierschutz in Tierzucht genehmigt

Die Kommission hat am 30.01.2024 nach den EU-Beihilfevorschriften zwei DEU Vorhaben mit einem Gesamtbudget von rund 1 Mrd. EUR genehmigt, um die Tierschutzstandards in der Zucht von Nutztieren, insbesondere Schweinen, zu

verbessern. DEU hatte beide Kommissionen, zwei Vorhaben mit einem Gesamtbudget von rund 1 Mrd. EUR angemeldet, um Viehzüchter bei Investitionen in die Modernisierung von Schweinezuchtanlagen und der Umsetzung von Managementpraktiken zur Verbesserung der Tierschutzstandards für Schweine zu unterstützen. Beide Regelungen können in Zukunft auf andere Tiere als Schweine ausgeweitet werden. Die Programme stehen kleinen und mittleren Tierhaltern in DEU offen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/verbesserung-des-tierwohls-der-viehzucht-kommission-genehmigt-deutsche-beihilfen-2024-01-30_de

Kommission; Ausnahmen zu Brachflächen in der Landwirtschaft für 2024

Die Kommission legte am 31.01.2024 einen Vorschlag für eine Durchführungsverordnung vor, der Landwirtinnen und Landwirte in der EU 2024 ermöglicht Ausnahmen von den Vorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu verpflichtenden nichtproduktiven Flächen in Anspruch zu nehmen. Anstatt 4% ihres Ackerlandes brachliegend oder unproduktiv zu belassen, wird ihnen ermöglicht, stickstoffbindende Pflanzen (wie Linsen, Erbsen oder Bohnen) oder Zwischenfrüchte auf 7% ihres Ackerlandes anzubauen. Die Kulturen müssen ohne Pflanzenschutzmittel angebaut werden, um den Bedingungen der GAP zu entsprechen. Die Verordnung soll rückwirkend ab dem 01.01.2024 gelten.

<https://ec.europa.eu/transparency/comitology-register/screen/documents/094950/1/consult?lang=en>

EP; Annahme des Verhandlungsmandats zum Verordnungsvorschlag zu neuen genomischen Techniken

Am 07.02.2024 verabschiedete das EP sein Verhandlungsmandat für die Neuregulierung von Organismen, die mit neuen genomischen Techniken hergestellt wurden. Für Pflanzen, die mithilfe dieser Techniken gewonnen wurden – sogenannte NGT-Pflanzen –, gelten derzeit dieselben Regeln wie für alle genetisch veränderten Organismen (GVO). Die Abgeordneten befürworteten nun den Vorschlag der Kommission, zwei verschiedene Kategorien einzuführen. NGT-Pflanzen, die als gleichwertig mit herkömmlichen Pflanzen eingestuft werden (Kategorie 1), sollen von den GVO-Vorschriften ausgenommen werden. Für alle anderen NGT-Pflanzen (Kategorie 2) sollen weiterhin strenge Regeln gelten. Die Abgeordneten wollen die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus NGT-Pflanzen der Kategorien 1 und 2 beibehalten. Die Abgeordneten sprachen sich auch dafür aus, NGT-Pflanzen in der ökologischen bzw. biologischen Produktion weiterhin zu verbieten. Sie fordern weiterhin ein vollständiges Verbot von Patenten auf jegliche NGT-Pflanzen, jegliches Pflanzenmaterial und Teile davon sowie auf genetische Informationen und die darin enthaltenen Verfahrensmerkmale.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0067_DE.html

I n n e r e s

Frontex; Deutlicher Anstieg der irregulären Grenzübertritte im Jahr 2023

Laut eines Berichts der Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) vom 26.01.2024 haben irreguläre Grenzübertritte im Jahr 2023 stark zugenommen. Die Zahl der irregulären Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen habe im Jahr 2023 nach vorläufigen Berechnungen von Frontex eine Gesamtzahl von rund 380.000 erreicht, was auf einen Anstieg der Ankünfte über den Mittelmeerraum zurückzuführen sei. Dies sei der höchste Stand seit 2016 und stelle einen Anstieg um

17% gegenüber den Zahlen aus 2022 dar. Laut Bericht war das zentrale Mittelmeer die aktivste Migrationsroute in die EU und machte 2023 zwei von fünf irregulären Überfahrten (41%) aus, gefolgt vom westlichen Balkan (26%) und dem östlichen Mittelmeer (16%).

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/significant-rise-in-irregular-border-crossings-in-2023-highest-since-2016-C0qGpm>

EuGH; Recht auf Familienzusammenführung eines minderjährigen Flüchtlings, auch wenn er während des Verfahrens auf Familienzusammenführung volljährig geworden ist

Der EuGH hat am 30.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-560/20 verkündet. Er entschied, dass ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling auch dann das Recht auf Familienzusammenführung mit seinen Eltern hat, wenn er während des Verfahrens auf Familienzusammenführung volljährig geworden ist. Die Familienzusammenführung müsse sich ausnahmsweise auch auf eine volljährige Schwester erstrecken, wenn diese aufgrund einer schweren Krankheit die ständige Unterstützung ihrer Eltern benötige. Andernfalls würde dem Flüchtling de facto sein Recht auf Familienzusammenführung mit seinen Eltern genommen. Dieses Recht dürfe nicht der Voraussetzung unterliegen, dass der minderjährige Flüchtling oder seine Eltern über Wohnraum, eine Krankenversicherung und ausreichende Einkünfte für sie und die Schwester verfügen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=282262&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=227128>

EuGH; Keine grenzenlose Speicherung biometrischer Daten von Straftätern

Der EuGH hat am 31.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-118/22 verkündet. Darin hat er entschieden, dass biometrische und genetische Daten von strafrechtlich verurteilten Personen (wie Bild, DNA-Probe oder Fingerabdrücke) nicht bedingungslos und zeitlich unbefristet polizeilich gespeichert werden dürfen. Eine lebenslange, allgemeine und unterschiedslose Speicherung solcher Daten verstößt gegen die Datenschutzrichtlinie 2016/680, so nun der EuGH. Nicht bei allen Personen sei das Risiko gleich hoch, in andere Straftaten verwickelt zu werden. Stattdessen müsse die Art und Schwere der begangenen Straftat oder eine fehlende Rückfälligkeit bei der Frage nach der Speicherdauer berücksichtigt werden. Die Verantwortlichen müssten regelmäßig überprüfen, ob die Speicherung noch notwendig ist, und der betroffenen Person das Recht auf Löschung dieser Daten zuerkennen, sollte dies nicht mehr der Fall sein.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?sessionId=45291AEA4A781762C7984C007F4C3EE6?text=&docid=282264&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4075231>

Frontex; Europol; Gemeinsame Erklärung zu einer verstärkten Zusammenarbeit

Vertreter der Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und des Europäischen Polizeiamtes (Europol) haben am 31.01.2024 eine gemeinsame Erklärung zu einer verstärkten Zusammenarbeit unterzeichnet. In der gemeinsamen Erklärung wird dargelegt, wie die beiden Agenturen ihre Aktivitäten besser koordinieren werden, um sich gegenseitig zu ergänzen. In der Erklärung werden konkrete kurz- und langfristige Schwerpunktmaßnahmen genannt. In der Praxis besteht die Rolle von Frontex in der Bereitstellung von Erkenntnissen aus der Grenzüberwachung und -kontrolle. Frontex und Europol arbeiten bisher bei der Bekämpfung des Menschen schmuggels, bei der Risikoanalyse und bei Operationen im Rahmen der Europäischen Multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) zusammen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europol-and-frontex-forge-closer-cooperation>

Kommission; Ukraine bekam bisher rund 140.000 Tonnen Hilfsgüter

Wie die Kommission am 01.02.2024 bekanntgab, wurden seit der Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens am 15.02.2022 zugunsten der Ukraine über 140.000 Tonnen Hilfsgüter im Gegenwert von geschätzt 796 Mio. EUR an das Land geliefert. Dies sei die bisher größte Operation, die jemals vom EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) unterstützt wurde. 32 Staaten hätten Hilfsgüter gespendet oder über die Logistikzentren der EU in POL, ROM und der SLK bereitgestellt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-katastrophenschutzverfahren-ukraine-bekam-bisher-rund-140000-tonnen-hilfsguter-2024-02-01_de

Kommission; Vorlage einer ersten Bewertung der Frontex-Verordnung sowie eines Aktionsplans

Die Kommission nahm am 02.02.2024 die Bewertung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex-Verordnung) sowie einen Aktionsplan zur Unterstützung der Durchführung dieser Verordnung an. Im Zuge dieser ersten Bewertung der Frontex-Verordnung bewertete die Kommission die Wirkung, Wirksamkeit und Effizienz von Frontex. Danach habe Frontex trotz erheblicher Herausforderungen wie der COVID-19-Pandemie, der Instrumentalisierung von Migration und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine erheblich dazu beigetragen hat, das Management der EU-Außengrenzen unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte zu stärken. Um die ermittelten Herausforderungen abzumildern und zu bewältigen, legte die Kommission einen Aktionsplan zur Unterstützung der Durchführung der Frontex-Verordnung mit einer Reihe von Empfehlungen vor, die von der Agentur, ihrem Verwaltungsrat, den Mitgliedstaaten und der Kommission umzusetzen wären.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2024%3A75%3AFIN&qid=1706889962799>
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52024SC0075>

EU; 4000 Asylbewerber wurden im Rahmen des Solidaritätsmechanismus in andere europäische Länder umgesiedelt

Wie die Kommission am 06.02.2024 bekannt gab, konnten im Rahmen des freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus über 4.000 Asylbewerber in andere europäische Länder umgesiedelt werden. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit können Asylbewerber aus dem Land ihrer Ersteinreise in die EU in ein anderes europäisches Land umgesiedelt werden. Die Umsiedlung betreffen oft Personen, die im Rahmen von Such- und Rettungsmaßnahmen aufgegriffen wurden.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/4000-asylum-seekers-relocated-other-european-countries-under-voluntary-solidarity-mechanism-2024-02-06_en?prefLang=de

Kommission; Vorschlag zur Verschärfung der strafrechtlichen Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Die Kommission hat am 06.02.2024 vorgeschlagen, die strafrechtlichen Vorschriften über sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern zu aktualisieren. Die Aktualisierung umfasst insbesondere die Erweiterung des Straftatbestands des sexuellen Missbrauchs von Kindern, u.a. auf Kriminalitätsformen unter Nutzung digitaler Dienste. Auch enthält der Aktualisierungsvorschlag Neuerungen in Bezug auf den Umgang mit Straftaten aus diesem Bereich. So sollen Strafverfolgung gestärkt

und Opfer besser geschützt werden. Schließlich soll auch die Prävention gestärkt werden.

https://commission.europa.eu/news/commission-proposes-strengthen-criminal-law-rules-fight-child-sexual-abuse-2024-02-06_en

Rat; EP; Vorläufige Einigung auf Aktualisierung des EU-Grenzkodex

Rat und EP haben am 06.02.2024 eine vorläufige Einigung über die Änderung des EU-Rechts erzielt, das die Regeln für das Funktionieren des Schengen-Raums sowohl an den Außen- als auch an den Binnengrenzen festlegt. Die vereinbarten Änderungen sollen die EU-Koordinierung verstärken und das Instrumentarium verbessern, das den Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, wenn Herausforderungen an den EU-Grenzen auftreten. Die aktualisierten Regelungen betreffen u.a. Fälle der Wiedereinführung der Grenzkontrollen, wobei sie sicherstellen sollen, dass diese nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Sie sollen zudem Lösungen für Situationen bieten, in denen Migranten instrumentalisiert werden. Auch die Einführung gemeinsamer Maßnahmen zur Harmonisierung von Reisebeschränkungen im Falle eines Gesundheitsnotstands sind von der Einigung umfasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/06/schengen-council-and-european-parliament-agree-to-update-eu-s-borders-code/>

Rat; EP; Vorläufige Einigung auf ein Regelwerk zur Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Rat und EP haben sich am 06.02.2024 vorläufig auf eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt geeinigt. Die Richtlinie soll Mindestregeln für die Definition spezifischer Straftatbestände und Strafen festlegen, um gegen diese Form der Gewalt vorzugehen. Hierzu sind folgende neue Straftatbestände vorgesehen: weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, nicht-einvernehmliche Weitergabe von intimen Bildern, Cyber-Stalking, Cyber-Belästigung und Aufstachelung zu Hass oder Gewalt im Internet. Darüber hinaus werden die Rechte von Opfern definiert. Die Richtlinie enthält auch ein umfangreiches Kapitel zur Prävention, um gegen die zugrundeliegenden Muster von Gewalt gegenüber Frauen („Zwang, Macht und Kontrolle“) vorzugehen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/06/violence-against-women-council-and-european-parliament-reach-deal-on-eu-law/>

Frontex; internationale Aktion gegen Drogenhandel an 61 Flughäfen weltweit

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 06.02.2024 bekanntgegeben, gemeinsam mit ESP eine internationale Aktion zur Bekämpfung des Drogenhandels geleitet zu haben. An der „Aktionswoche“, die zwischen dem 11. - 18.12.2023 stattfand, seien neben Frontex und ESP auch Europol, Interpol und Strafverfolgungsbehörden aus 36 Ländern beteiligt gewesen. Die Aktion habe sich auf die Bekämpfung des Drogenhandels über Flughäfen konzentriert. Insgesamt hätten operative Maßnahmen an 61 Flughäfen stattgefunden. Hierbei seien 46 Verhaftungen vorgenommen und 850 Kilogramm Drogen, hauptsächlich Marihuana und Kokain, sichergestellt worden.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-leads-international-action-against-drug-trafficking-at-61-airports-worldwide-WWXo2V>

EuGH; Urteil des EuGH kann einen neuen Umstand darstellen, der eine erneute Prüfung eines Asylantrags in der Sache rechtfertigt

Der EuGH hat am 08.02.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-216/22 verkündet. Darin hat er entschieden, dass ein Urteil des EuGH einen neuen Umstand darstellen kann, der eine erneute Prüfung eines Asylantrags in der Sache rechtfertigt. Dies gelte

auch für ein Urteil, das sich auf die Auslegung einer Vorschrift des Unionsrechts beschränkt, die bei Erlass einer Entscheidung über einen früheren Antrag bereits in Kraft war. Das Verkündungsdatum des Urteils sei irrelevant. Ein Urteil des EuGH stelle allerdings nur dann einen neuen Umstand dar, der eine erneute vollständige Prüfung rechtfertigt, wenn es erheblich zu der Wahrscheinlichkeit beiträgt, dass der Antragsteller als Person mit Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft anzuerkennen ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=17BED1B252B5AD6AF37BE7BFBE1811BD?text=&docid=282584&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=196281>

Rat; Gemeinsames Europäische Asylsystem (GEAS): Grünes Licht für Einigung mit EP

Die Ständigen Vertreter der Botschaften der EU-Mitgliedstaaten (AStV) haben am 08.02.2024 die vorläufige Einigung gebilligt, die im Rahmen der Trilog-Verhandlungen am 20.12.2023 zwischen der Ratspräsidentschaft und EP in Bezug auf die Reform von GEAS erzielt worden war. Das Reformvorhaben betrifft fünf Legislativakte, die das Asyl- und Migrationssystem der EU reformieren sollen: Die Aktualisierung der Eurodac-Verordnung (EU-Datenbank für Fingerabdrücke) soll es ermöglichen, besser gegen irreguläre Bewegungen vorzugehen und die Wege von Asylbewerbern und Personen, die sich in einer irregulären Situation befinden, in der gesamten EU zu überwachen. Mit der Screening-Verordnung sollen die Personenkontrollen an den EU-Außengrenzen verstärkt werden. Sie soll auch sicherstellen, dass zügig das richtige Verfahren eingeleitet wird, wenn eine Person in die EU einreist, ohne die Einreisebedingungen zu erfüllen. Mit der Asylverfahrensverordnung soll ein gemeinsames Verfahren festgelegt werden, das die Mitgliedstaaten (MS) einhalten müssen, wenn Menschen internationalen Schutz ersuchen. Sie soll auch Verfahrensregelungen straffen und Standards für die Rechte der Asylsuchenden festlegen. Durch die Asylverfahrensverordnung soll außerdem ein obligatorisches Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen eingeführt werden, bei dem zügig beurteilt werden kann, ob Asylanträge unbegründet oder unzulässig sind. Die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement soll die derzeitige Dublin-Verordnung ersetzen. Sie soll Regeln festlegen, die bestimmen, welcher MS für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Um das derzeitige System ausgewogen zu gestalten – aktuell sind einige wenige MS für die große Mehrheit der Asylanträge zuständig - soll ein neuer Solidaritätsmechanismus eingeführt werden. Mit der Krisen-VO soll ein Rahmen geschaffen werden, der es den MS ermöglicht, auf Krisensituationen im Bereich Asyl und Migration zu reagieren. Sie sieht die Befugnis der MS vor, bestimmte Regeln in Krisensituationen anzupassen, z.B. in Bezug auf die Registrierung von Asylanträgen oder das Asylgrenzverfahren. Im Rahmen der Tagung des AStV gaben die MS auch grünes Licht für drei Asyl- und Migrationsgesetze, über die im Rahmen von Trilog-Verhandlungen bereits 2022 eine Einigung erzielt worden war. Diese drei Gesetze umfassen eine Überarbeitung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen, eine Aktualisierung der Qualifikationsverordnung und eine Verordnung zur Schaffung eines EU-Neuansiedlungsrahmens.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/08/asylum-and-migration-reform-eu-member-states-representatives-green-light-deal-with-european-parliament/>

EuGH; Höchstsendezeiten für Fernsehwerbung

Der EuGH hat mit Urteil vom 30.01.2024 in der Rechtssache C-255/21 entschieden, dass Werbebotschaften für Radiosendungen, die auf Fernsehsendern derselben Unternehmensgruppe ausgestrahlt werden, grundsätzlich keine Hinweise auf eigene Sendungen dieser Fernsehsender darstellen. Sie werden deshalb in den Anteil von 20% der Sendezeit von Fernsehwerbespots eingerechnet. Die IRL-Rundfunkaufsicht wirft der Sendergruppe Reti Televisive Italiane (RTI) vor, gegen die im IRL Recht vorgesehenen Höchstsendezeiten für Fernsehwerbung verstoßen zu haben. Bei der Berechnung der Sendezeiten bezog sie Werbung ein, mit der auf drei Fernsehsendern der RTI-Gruppe der ebenfalls zu dieser Gruppe gehörende Radiosender „R101“ beworben wurde. RTI ist dagegen der Auffassung, dass diese Werbung als Hinweise auf eigene Sendungen eingestuft werden müssen, die nicht in die stündliche Höchstsendezeit für Werbung eingerechnet werden dürften. Der Staatsrat in IRL hatte deshalb den EuGH um Auslegung der Richtlinie 2010/13 über audiovisuelle Mediendienste ersucht.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-255/21>

EuGH; Schadensersatz wegen ehrverletzenden Zeitungsartikels

Generalanwalt Maciej Szpunar hat in der Rechtssache C-633/22 in seinen Schlussanträgen vom 08.02.2024 die Auffassung vertreten, dass eine offensichtliche Verletzung der Meinungsäußerungsfreiheit einen Grund für die Versagung der Vollstreckbarerklärung darstellen kann. Eine Verurteilung zu Schadensersatz, dessen Betrag offensichtlich überhöht sei, führe zu einer abschreckenden Wirkung, die sowohl die journalistische Freiheit als auch die Informationsfreiheit beeinträchtige, so der Generalanwalt. Dem Verfahren liegt eine Vorlage des Kassationshofs in FRA zugrunde. Er hat dem EuGH die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob nach der Brüssel-I-Verordnung und der EU-Grundrechtecharta eine Verurteilung wegen einer Schädigung des Rufs eines Sportvereins durch eine in einer Zeitung veröffentlichte Information eine offensichtliche Beeinträchtigung der Freiheit der Meinungsäußerung und damit einen Grund für die Ablehnung der Anerkennung und Vollstreckung darstellen kann. Hintergrund ist ein Artikel der Tageszeitung Le Monde, der die Fußballvereine Real Madrid und Barça mit dem „Dopingarzt“ Dr. Fuentès in Verbindung gebracht hat. Real Madrid und ein Mitglied des medizinischen Teams des Vereins haben Le Monde und den Journalisten, der den Artikel verfasst hatte, daraufhin mit Erfolg vor den spanischen Gerichten wegen Ehrverletzung auf Schadensersatz verklagt. Sie wurden verurteilt, 300.000 EUR an Real Madrid und 30.000 EUR an das Mitglied des medizinischen Teams zu zahlen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-633/22>

EU – Förderprogramme

Kommission; Bekanntgabe der Preisträger beim diesjährigen Übersetzungswettbewerb “juvenes tradutores”

Die Kommission hat am 08.02.2024 die Namen der 27 Preisträgerinnen und -träger des diesjährigen EU-Übersetzungswettbewerbs “juvenes tradutores” bekanntgegeben. Der DEU Gewinner stammt in diesem Jahr aus Trier. Der seit 2007 ausgerichtete und im Rahmen des “Erasmus-Plus“-Programms finanzierte Wettbewerb soll die Freude am Übersetzen von Schülerinnen und Schülern von einer EU-Amtsprache in eine andere fördern. Zu den in diesem Jahr nach dem Zufallsprinzip

ausgewählten Schulen zählten u.a. die Albertus-Magnus-Schule in Viernheim sowie das Burggymnasium in Friedberg.

[Juvenes Translatores - Europäische Kommission \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/juvenes-translatores)

V e r a n s t a l t u n g e n

Verleihung des „European International Women's Leadership Award“ 2024

Über 240 Gäste kamen am 29.01.2024 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel zusammen, um die diesjährigen Preisträgerinnen des „European International Women's Leadership Award“ zu feiern. Raduan Bachiri hat diesen Preis ins Leben gerufen, um besonders die Frauen zu würdigen, deren Engagement häufig unbemerkt bleibt. Das Forum würdigt die Führungsqualitäten von Frauen aus der ganzen Welt, die in der Lage sind, Veränderungen in der Politik, im Bildungs- und Gesundheitswesen oder in anderen Bereichen herbeizuführen. In diesem Jahr hat MdEP Pierrette Herzberger-Fofana (Grüne/DEU) acht Frauen mit beeindruckenden Karriereverläufen den „European International Women's Leadership Award“ 2024 überreicht. Sie wies darauf hin, dass Frauen nach wie vor marginalisiert werden und insbesondere in der Politik noch zu wenige Diversität gegeben sei. Sie forderte die Frauen auf, ihre Wurzeln nicht zu verleugnen, und gleichzeitig alle ihre Chancen zu nutzen. Es brauche mehr Frauen in Führungspositionen, mahnte Herzberger-Fofana. Die diesjährigen Preisträgerinnen sind Manon Brulard (BEL), Barbara Dietrich (POL/DEU), Marième Fall-Albertini (Senegal/FRA), Vera Futorjanski (Kasachstan/DEU/Vereinigte Arabische Emirate), Barbara Helfferich (DEU/BEL), Cristelle Pratt (Fidschi), Olesia Rusinova (Ukraine/KRO) und Rita Maria Zniber (Marokko). Die Preisverleihung fand zum fünften Mal in der Hessischen Landesvertretung statt. Frauen, die ihre Ziele und Träume verfolgen, traditionelle Rollenbilder in Frage stellten und damit auch Frauen ermutigen wollen, die bislang diesen Schritt noch nicht gewagt haben, sind die Preisträgerinnen. Frank Schwalb-Hoth, ehemaliger MdEP und ehemaliger Abgeordneter des Hessischen Landtags, hat die Veranstaltung moderiert.

Europa im Gespräch zum Thema: „Wirtschaftliche Sicherheit: Europa, Gestalter oder Getriebener?“

Am 30.01.2024 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz die o.g. Veranstaltung statt. Gastredner war Michael Hager, Kabinettschef des Vize-Präsidenten der Kommission, Valdis Dombrovskis. In seinem Impuls erklärte er Hintergründe für die am 24.01.2024 von der Kommission vorgelegten fünf Initiativen der Kommission zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit in Europa. Aus seiner Sicht hat es die Kommission geschafft, in diesen Initiativen eine Balance zwischen Effizienz und Resilienz in Bezug auf Wirtschaftssicherheit sicherzustellen. Das Instrumentarium, welches sich die Kommission mit dem Initiativ-Paket aufgebaut habe, schaffe es zudem, Probleme wie beispielsweise die Resilienz von Lieferketten zu identifizieren und gegebenenfalls zu mildern. Er kritisierte aber die Vorgehensweise einiger Mitgliedstaaten die versuchen würden, die ausschließlich Kompetenz der EU in der Außenhandelspolitik zu unterwandern. Ferner stelle Hager klar, dass die EU bereits Instrumente besitzt, um wirtschaftliche Sicherheit zu garantieren, diese aber nicht ausreichend institutionalisiert worden sind. Zudem wurde auch über die Handelsbeziehungen der EU mit Drittstaaten, insbesondere China und den USA diskutiert und welche Strategien und Instrumente die EU nutzen kann und sollte, um defensiv wie offensiv weiterhin auf

dem Weltmarkt für Freien Welthandel zu kämpfen. Die EU solle laut Hager weiterhin mit China offen Handel treiben, gleichzeitig jedoch eine Diversifizierung ihrer Handelspartner befördern. Weiterhin unterstützt er die Global Gateway Initiative der EU, die er als geeignete Alternative zur chinesischen „Neuen Seidenstraße“ sieht. Die Global Gateway Initiative würde mehr Konnektivität schaffen. Wichtig sei aber das „Mitnehmen“ aller betroffenen Drittstaaten. In der Fragerunde äußerte sich Michael Hager auch über die vorerst gescheiterten Verhandlungen der EU mit Mercosur über ein Freihandelsabkommen. Er sieht weiterhin Hoffnung, dass man doch noch zu einem Abschluss kommt. Es müssten aber zunächst eine Reihe von technischen Fragen geklärt werden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Moritz Koch, Leiter des Handelsblatt-Büros in Brüssel.

Finale des Brüsseler Vorlesewettbewerbs in der Hessischen Landesvertretung

Auf Einladung der Hessischen Landesvertretung fand am 06.02.2024 das Finale des Brüsseler Vorlesewettbewerbs statt. Die in Kooperation mit dem AUT Kulturforum, der Botschaft der Bundesrepublik DEU beim Königreich BEL und dem Goetheinstitut Brüssel durchgeführte Veranstaltung lockte ca. 180 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern der beteiligten Schulen in die Hessische Landesvertretung. Primäres Ziel des jährlich stattfindenden schulübergreifenden Vorlesewettbewerbs ist die Leseförderung. Darüber hinaus bietet der Wettbewerb eine Begegnungsebene für die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler sowie für die Vernetzung der deutschsprachigen Lehrerinnen und Lehrer. Als Finalistinnen und Finalisten angetreten waren die Schülerinnen und Schüler, die in den Wochen zuvor die Vorlesewettbewerbe der deutschen Sektionen der vier Europäischen Schulen in Brüssel (EEB I-IV), der Internationalen DEU Schule Brüssel (iDSB) sowie der Gemeindeschule Eynatten (Ostbelgien) gewonnen hatten. Um die Jury von ihren Lesekünsten zu überzeugen, trugen die Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Jahrgangstufen zunächst Passagen aus selbstgewählten Werken der Kinder- und Jugendliteratur vor. In einer zweiten Runde mussten sich die Finalisten an einem Fremdttext beweisen. Am Ende wurde Linnéa Peteri von der Europäischen Schule III glückliche Siegerin des Wettbewerbs. Ein weiterer Höhepunkt des Programms für die Schülerinnen und Schüler war eine Lesung der hessischen Kinder- und Jugendbuchautorin Susan Schädlich, die ihr Buch „Fragen an Europa“ vorstellte und mit den jungen Gästen lebhaft ins Gespräch kam.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

11./12.02.	Informeller Rat Entwicklung
13.02.	Partnerschaftsrat EU-Armenien
14./15.02.	Informeller Rat Wettbewerbsfähigkeitsrat Forschung und Innovation
19./20.02.	Informelle Ministertagung Tourismus

- 19.02. Rat Auswärtige Angelegenheiten
- 20.02. Rat Allgemeine Angelegenheiten
- 22./24.02. Informelle Ministertagung Wirtschaft und Finanzen
- 23.02. Informelle Eurogruppe

Europäische Kommission

- 14.02. Jährlicher Bericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit
- 21.02. Konnektivitätspaket zu digitalen Netzen und Infrastrukturen

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments findet vom 26. bis 29.02.2023 statt.

Ausschuss der Regionen

- 12.02.2024 ECON-Fachkommissionssitzung
Den europäischen Verwaltungsraum stärken (ComPAct)
(Meinungsaustausch)
- 22./23.02.2024 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Kompetenz- und Fachkräftemobilität (Abstimmung)
Stärkung der Rolle lokaler und regionaler
Gebietskörperschaften im Rahmen integrierter
Kinderschutzsysteme (Abstimmung)
Verbesserung der Inklusion von Kindern durch Umsetzung
der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und
regionaler Ebene (Abstimmung)
Empfehlungen für das nächste Rahmenprogramm für
Forschung und Innovation (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

EuGH

- 20.02.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der
Rechtssache C-715/20 X – Fehlen von
Kündigungsgründen bei der Kündigung befristeter
Arbeitsverhältnisse (POL)

- 20.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-158/23 Keren – Bußgeldbewehrte und kostenpflichtige Integrationspflicht für Asylberechtigte (NDL)
- 22.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-491/21 Direcția pentru Evidența Persoanelor și Administrarea Bazelor de Date – Inlandswohnsitzerfordernis für Ausstellung eines Personalausweises (ROM)
- 22.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-283/21 Deutsche Rentenversicherung Bund – Berücksichtigung von in anderen Mitgliedstaaten zurückgelegten Kindererziehungszeiten (DEU)
- 22.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-54/22 P ROM / Kommission – Europäische Bürgerinitiative zur Förderung regionaler Kulturen
- 22.02.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-693/22 I. – Verkauf einer Datenbank (POL)

EuG

- 21.02.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-361/21 Papouis Dairies u.a. / Kommission – Streit um die geschützte Ursprungsbezeichnung „Halloumi“

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 23.02.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA